

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1934

50 (31.1.1934) Morgenausgabe

Und wir, die wir die Erscheinungen der politischen Zerlegung un-

Staat und Kirche.

Nicht weniger einschneidend ist die Einstellung des neuen Staa-

Indem so der nationalsozialistische Staat in diesem Jahre der

Abfrage an die Monarchie.

Die nationalsozialistische Partei hat ferner von allem Anfang

Ich möchte daher an dieser Stelle Protest einlegen gegen

Rein! Ein Volk sind wir und in einem Reiche wollen wir leben!

Wer Deutschlands letzte Spitze verkörpert, erhält seine

Ich selbst fühle mich nur als Beauftragter der Nation zur

Reform- und Aufbauarbeit

auf allen Gebieten. In einem Viertel der Zeit, die ich mir vor

Berlin feiert den 30. Januar.

m. Berlin, 30. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-

Vor dem Palais des Reichspräsidenten und der Reichs-

Mit großer Mühe nur konnte die Polizei die Straßen einigermassen

Auf dem weißen Gebäudeblock der neuen Reichskanzlei wehte

Ununterbrochen kamen die Depeschenboten mit ganzen

Stundenlang harret die Menge aus, ohne aber für ihre Mühe

Zu einem besonderen Ereignis wurde in den Mittagstunden

Unter Vorantritt des Musikkorps der Polizeidivision Weck-

Gegner glaubt den Ruhm unserer Arbeit schmälern zu müssen

Der Umfang des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs ergibt sich

Daß unsere Tätigkeit trotzdem von zahllosen Feinden angegriffen

Zu diesen Feinden des neuen Regiments rechne ich auch die

Alle diese Gegner zusammen umfassen in Deutschland 40

Gefährlicher als diese sind aber zwei Kategorien von Men-

Von diesen ausdringlichen Parasiten den Staat und die

Zeitgedanken der Außenpolitik

Die weiteren Ausführungen des Reichsanwalters gälten Fragen

Und eine weitere schwere Belastung ist das Heer jener, die aus

Partei, Wehrmacht und Stahlhelm.

Der Führer wandte sich dann an die Partei, an die glänzend

Wenn der Stahlhelm in diesen 12 Monaten mehr und mehr

Ich darf zum Abschluß dieses Jahres der größten innenpolitischen

Der Kampf um die innere Neugestaltung des deut-

Stärkung des Reiches durch die Zusammenfassung

Förderung und Wohlfahrt unseres Volkes auf allen Gebieten

zu einem wahrhaften Frieden der Völker. Diese Gedanken

Es ist eines der schlimmsten Ergebnisse des Friedensvertrages

Indem die neue deutsche Regierung entschlossen war, den Kampf

Deutschland und Rußland.

Grundsätzlich geht die deutsche Regierung von dem Gedanken

Verhältnis zu Polen.

Deutsche und Polen werden sich mit der Tatsache ihrer Existenz

Im übrigen mögen in der Zukunft die Differenzen zwischen

Die deutsche Regierung war daher glücklich, bei dem Führer des Heer-

tigen polnischen Staates, Marshall Piłsudski, die gleiche großzügige Auffassung zu finden. Die deutsche Regierung ist gewillt und bereit, im Sinne dieses Vertrages auch die wirtschafts-politischen Beziehungen Polen gegenüber so zu pflegen, daß hier gleichfalls dem Zustande unerschütterlicher Zurückhaltung eine Zeit nächster Zusammenarbeit folgen kann. (Stürmischer Beifall). Der Kanzler gab hier seine besondere Freude auch über die Klärung des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen Ausdruck.

Frage Oesterreich

führte der Kanzler aus: Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. Allein, es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie aufs tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfeilern eines Landes Halt machen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Diktatur viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, die Residenz der deutschen Kaiser zu sein und dessen Soldaten noch im Weltkriege Seite an Seite mit den deutschen Regimenter und Divisionen marschierten. (Stürmische Zustimmung.) Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einfluß äußerer staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen.

Die Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick für sich die Konsequenzen gezogen, als deutsche Reichsangehörige in Oesterreich davon betroffen wurden. So wenig wir auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürften, wenn diesen Reisenden aus deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen oder Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes — und noch dazu deutsches — Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird. Denn das Hoheitszeichen und die Halbkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches.

Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten! (Tubelnde Zustimmung und Händeklatschen.)

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von Seiten des Reiches aus irgend ein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde, oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen. Wenn die Zehntausenden politischen Flüchtlinge aus Oesterreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nehmen am Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswertungen beaeuclisch sein, ist aber von Seiten des Reiches aus umso weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung irgendwie abzuschätzen.

Wenn die österreichische Regierung sich beklagt über eine politische Propaganda, die von Deutschland aus gegen Oesterreich stattfindet, so könnte sich die deutsche Regierung mit mehr Recht beklagen über die politische Propaganda, die in den anderen Ländern von dort lebenden Emigranten gegen Deutschland getrieben wird. Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Regierung gelesen werden kann, (stürmische Heiterkeit), ist durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern.

Wenn aber in nichtdeutschen Ländern deutsche Zeitungen in Millionenauflagen gedruckt und nach Deutschland befördert werden, so läge darin für die deutsche Regierung ein wirklicher Grund zum Protest vor, da es nicht selbstverständlich ist, warum z. B. Berliner Zeitungen in Prag oder Paris herausgegeben werden müssen.

Erst vor wenigen Tagen hat die deutsche Staatspolizei wieder an der Grenze des Saargebietes 16 Kommunisten verhaftet, die große Mengen staatsfeindlichen Propagandamaterials aus dieser Domäne des Wälderlandes in das Deutsche Reich zu schmuggeln verurteilt. Wenn so etwas am grünen Holze möglich ist, kann man schwerlich wegen behaupteter ähnlicher Vorgänge gegen das Deutsche Reich einen Vorwurf erheben.

Die deutsche Reichsregierung kann auf Anfragen verzichten. Sie hat ihre innere Sicherheit, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Verhütung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre allein einige Male an das deutsche Volk zu appellieren, ohne dazu irgendwelche gezwungen zu sein. Es würde die gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erlebigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Oesterreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Willen der Regierung vor aller Welt festzustellen. (Minutenlanges Beifall.) Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendwelche Klagen über den Verfall einer Einmüandigkeit deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine erschütterliche vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht.

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude um österreichischen Bruderlande als meiner Heimat bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gefinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reich bedürfte.

Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Rufschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reich erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt. (Stürmische jubelnde Zustimmung.)

Möchte das Schicksal fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklich veröhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Anzeigenteil.) Mittwoch, den 31. Januar.

- Staatstheater: Nachm. „Ratte“: 15-17.30 Uhr; abends „Kraus um Jolanthe“, 19.30 bis 22 Uhr.
Opern- und Konzertsäle: Internationale Ringkämpfe, 20.30 Uhr.
Schauspielhäuser: Badische Hofoper — Konzertsaal: Ein Möbel wirbelt durch die Welt, 17 und 20.30 Uhr.
Kasino-Theater: Meine Lippen küssen nicht, 4, 6.15, 8.30 Uhr.
Theater: Die große Götze, 4, 6.15, 8.35 Uhr.
Kammer-Theater: Der Damon Rußlands (Majutin), 3, 5, 7, 8.45 U.
Kammerschauspielhaus: Der Herr von Kränzel, 2.
Schauspielhaus: Jahresversammlung im Colosseum, Saal 2, 20 Uhr.
Schauspielhaus: Jahresversammlung im Colosseum, Saal 2, 20 Uhr.
Schauspielhaus: Jahresversammlung im Colosseum, Saal 2, 20 Uhr.
Schauspielhaus: Jahresversammlung im Colosseum, Saal 2, 20 Uhr.
Schauspielhaus: Jahresversammlung im Colosseum, Saal 2, 20 Uhr.

ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Volkstums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen. (Bevorzuzie.)

Bezüglich Italiens drückte der Kanzler die freudige Empfindung aus, daß die traditionelle Freundschaft zum faschistischen Italien in den Beziehungen der beiden Staaten eine weitere vielseitige Festigung erfahren hat. Der Besuch des Staatssekretärs

Suvich hat uns zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, auch in Berlin diese Empfindungen für das weltanschaulich uns so nahe liegende italienische Volk und seinem übertragenden Staatsmann Ausdruck zu geben.

So wie sich die nationalsozialistische Regierung bemühte, eine Verständigung mit Polen zu finden, war es auch unser ehrliches Bemühen, die

Gegenätze zwischen Frankreich und Deutschland.

zu mildern und, wenn möglich, durch eine Generalvereinbarung den Weg zu einer endgültigen Verständigung zu finden. Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung könnte keine bessere Verständigung finden als durch eine Ausöhnung der beiden großen Nationen, die in den letzten Jahrhunderten so oft das Blut ihrer besten Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, ohne an der endgültigen Lagerung der Tatsachen dadurch wesentlich geändert zu haben. Frankreich fürchtet um seine Sicherheit. Niemand in Deutschland will sie bedrohen, und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu beweisen.

Deutschland fordert eine Gleichberechtigung. Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern, und niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern. (Tubelnder Beifall, Bevorzuzie.)

Für uns aber, die wir lebende Zeugen des großen grauenhaften Krieges sind, ist nichts ferner liegender als der Gedanke, diese auf beiden Seiten verständlichen Empfindungen und Forderungen in irgend einen Zusammenhang zu bringen mit dem Wunsche eines neuerlichen Messens der Kräfte auf dem Schlachtfelde, das in seinen Folgen zwangsläufig zu einem internationalen Chaos führen müßte.

Die Saarfrage.

Mein Vorschlag, Deutschland und Frankreich möchten gemeinsam schon jetzt das Saarproblem bereinigen, entsprang folgenden Erwägungen:

- 1. Die Frage ist die einzige, die territorial zwischen beiden Ländern noch offen liegt. Die deutsche Regierung ist nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarno-Paktes auch innerlich zu akzeptieren.
2. Die deutsche Regierung befürchtet, daß, obwohl die Abstimmung eine unerhörte Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch im Zuge der Vorbereitung der Abstimmung eine propagandistische Aufschmelzung nationaler Leidenschaften stattfinden wird.
3. Ganz gleich, wie die Abstimmung ausfallen würde, sie wird in jedem Falle bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurücklassen.
4. Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Ab-

stimmung in überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung eingetreten würde.

Ich bedauere daher auch heute noch, daß französischerseits geglaubt wurde, diesem Gedanken nicht folgen zu können. Ich gebe dennoch die Hoffnung nicht auf, daß trotzdem in beiden Nationen der Wille zu einer wahrhaften Ausöhnung und endgültigen Begrabung des historischen Kriegesheils zu kommen, immer mehr sich verstärken und durchsetzen wird. Wenn dieses gelingt, wird die von Deutschland unerfüllbar geforderte Gleichberechtigung dann auch in Frankreich nicht mehr als Angriff gegen die Sicherheit der französischen Nation, sondern als das selbstverständliche Recht eines großen Volkes angesehen werden, mit dem man nicht nur politisch in Freundschaft lebt, sondern wirtschaftlich so unendlich viele gemeinsame Interessen besitzt. (Stürmischer Beifall.)

Gleichberechtigung und Sicherheit.

Wir begrüßen es dankbar, daß die Regierung Großbritanniens sich bemüht, einer solchen Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der mir gestern vom britischen Botschafter überreichte Entwurf eines neuen Abrüstungsvorschlages wird von uns mit bestem Willen geprüft werden. Wenn sich die deutsche Regierung in diesem Jahre entschließen müßte, aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbunde auszuschleiden, dann geschähe dies nur, weil die Entwicklung der Deutschland auf das tiefste bewegende Frage der Herstellung unserer Gleichberechtigung in Verbindung mit einer internationalen Rüstungsfestsetzung nicht mit dem zu vereinen war, was ich im Mai als unabänderliche Grundforderung nicht nur für die nationale Sicherheit des Deutschen Reiches, sondern auch für die nationale Ehre unseres Volkes aufstellen mußte.

Nach einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution sind das Deutsche Reich und das deutsche Volk innerlich und äußerlich reifer geworden für die Übernahme des Teiles der Verantwortung am Geben und am Glück aller Völker, der einer so großen Nation von der Vorsehung zugewiesen ist und daher von Menschen nicht befreit werden kann. (Stürmischer Beifall.) Die Weltweitigkeit dieser wahrhaft internationalen Pflichtenfüllung aber kann keinen schöneren symbolischen Ausdruck finden als in der Person des großen und freien Marschalls, der als Offizier und siegreicher Führer in Kriegen und Schlachten für unser Volk große Kämpfe und heute als Präsident des Reiches schwebendster Garant ist für die uns alle bewegende Arbeit am Frieden. (Stürmischer Beifall.)

Reformgesetz angenommen.

Der Reichstag nahm nach Entgegennahme der Regierungserklärung, für die das Haus dem Führer mit langanhaltenden begeisterten Kundgebungen dankte, das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches in allen drei Lesungen und in der sich anschließenden Schlussabstimmung einstimmig an. Die Verabschiedung des Gesetzes löste erneut im ganzen Hause stürmische Kundgebungen für den Führer aus.

Präsident Göring dankte nochmals dem Reichskanzler, der der Hori Deutschlands sei und bleiben müsse. Mit einem dreifachen Siegesheil schloß er darauf die Sitzung. Die Abgeordneten erhoben sich und stimmten begeistert in den Ruf ein. Sie sangen dann gemeinsam das Horje-Wesell-Lied.

Dr. Frick im Reichsrat.

Nach der Sitzung des Reichstages trat der Reichsrat zusammen. In einer Sitzung von nur wenigen Minuten Dauer stimmte er dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches einstimmig und ohne Aussprache zu.

Reichsinnenminister Dr. Frick betonte als Vorsitzender, daß wohl noch niemals ein Gesetz von so ungeheurer Tragweite in so kurzer Zeit die einstimmige Billigung eines Parlaments gefunden habe, wie das loeben im Reichstag geschehen sei. Das Gesetz sanktioniere durch den Artikel 1 zunächst den tatsächlich schon bestehenden Zustand, daß es Volkserretungen der Länder nicht mehr gebe. Die anderen Artikel seien in der Hauptfrage ein erweitertes Ermächtigungsgesetz, die sachlich über den Neuaufbau des Reiches nichts sagten. Es werde Aufgabe der Reichsregierung sein, aus den Artikeln 4 und 5 die weiteren Folgerungen zu ziehen.

Dr. Frick gab die Versicherung ab, daß die Reichsregierung mit größter Gewissenhaftigkeit alle Maßnahmen aus dem Gesetz so treffen werde, daß die berechtigten Lebensinteressen jedes ein-

zelnen Volksteiles so gut wie möglich gewahrt würden. Der Sinn des Gesetzes liege darin, es künftig unmöglich zu machen, daß Deutschland dem Auslande gegenüber nicht als geschlossene Einheit auftreten könne. Es müsse die geballte Kraft des Volkes in der einen Hand des Führers liegen. Es werde weiterhin mit dem Gesetz bezweckt, mit dem geringsten Aufwand von Kraft die größten Erfolge zu erzielen. Die Vorlage ziehe in der Tat einen Schlusstrich unter die Entwicklung von tausend Jahren deutscher Geschichte.

Minister Frick stellte dann fest, daß Wortmeldungen nicht vorlagen. Auf seine Frage nach der Zustimmung erhoben sich sämtliche Mitglieder des Reichsrates von den Plätzen, so daß nunmehr auch der Reichsrat das Gesetz einstimmig gebilligt hat.

Der Reichsinnenminister im Rundfunk.

Reichsminister Dr. Frick wird am Mittwoch abend von 20.15 bis 20.45 Uhr über alle deutschen Sender zu dem am Dienstag nachmittag vom Reichstag und Reichsrat einstimmig angenommenen Gesetz über den Neuaufbau des Reiches sprechen.

Die Rückkehr des Führers.

Schon am Nachmittag waren die Straßen um die Reichstanzlei schwarz von Menschen, die mit Spannung den Führer erwarteten. Bei jedem Kraftwagen, der durch die Wilhelmstraße fuhr, reckten sich erwartungsvoll die Hälse. Endlich um 18 Uhr hörte man von den Linden her Heil-Rufe brausen. In schnellem Tempo bog ein Kraftwagen in die Wilhelmstraße ein, im vorderen sitzend der Führer, der immer wieder für die ihm dargebrachten Heil-Rufe dankte. Im Hintergrunde des ersten Wagens sah Reichspropagandaminister Goebbels, in den folgenden Wagen der engere Stab des Führers. Die Kraftwagen fuhren sofort in den Hof der Reichstanzlei, deren Tore sich rasch hinter dem letzten Wagen schlossen.

Tiroler Heimatwehr macht mobil

Innsbruck, 30. Jan. Die Landesleitung der Tiroler Heimatwehr hat für den 30. Januar die Mobilmachung sämtlicher Formationen der Heimatwehr für das Land Tirol angeordnet.

Diese nur aus gänzlichger Kopflosigkeit und dem Gefühl völliger Unsicherheit erklärliche Maßnahme wurde offenbar getroffen, weil die Tiroler Heimatwehr befürchtete, das deutsche Volk Tirols könnte am 30. Januar im Gedanken an den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland zu Kundgebungen schreiten. Die Sicherheitsbehörden verhafteten planlos eine große Anzahl von Nationalsozialisten. Die Bevölkerung ist über die Privatmobilmachung der Tiroler Heimatwehr auf das Neueste erhitert.

Außer den Heimatwehren wurden am Dienstag mittag in ganz Tirol auch die katholischen Sturmischen ausgerufen. Während aber die Heimatwehrabteilungen lediglich der Heimatwehrlührung unterstellt sind, wurden die katholischen Sturmischen dem Sicherheitsdirektor und in den Orten auf dem Lande des Bezirkes hauptmannschaften und den Gendarmerieposten unterstellt. In Innsbruck wurden die katholischen Sturmischen kaserniert. Der Hauptbahnhof, die Bundesbahndirektion und andere öffentliche Gebäude sind von der Heimatwehr besetzt worden.

Oesterreichische Kundgebungen am Jahresstag

DNB. Wien, 30. Jan. Anlässlich des Jahresstages der Machtergreifung des Nationalsozialismus im Reich ist es in ganz Oesterreich zu größeren nationalsozialistischen Kundgebungen gekommen. Von den Hochschulen aller Universitäten war, wie verlautet, vereinbart worden, den Vorlesungen am 30. Januar fern-

zubleiben. Und wirklich waren die Vorlesungen am Dienstag sehr schwach besucht. An der Wiener Hochschule hatte der bekannte Rechtslehrer Prof. Dr. Hugelmann in der Vorlesung in einem persönlichen Bekenntnis die Bedeutung des Nationalsozialismus gewürdigt. Die Presse richtet deshalb am Dienstag scharfe Angriffe gegen Hugelmann und fordert eine behördliche Untersuchung dieses Voralles.

Bei den Kundgebungen vor der Wiener Universität ist es zu zahlreichen Papierböllerexplosionen gekommen. Ebenso explodierten vor der Akademie der bildenden Künste Papierböllere, ferner waren am Dach zwei Halbkreuzfahnen gehißt. In der Nähe des Fensters eines Turmatellers der Akademie war ein mit Arbeitsmitteln umwickeltes Halbkreuz zum Abbrennen hergerichtet worden. Die Polizei verhaftete die im Atelier anwesenden Personen, wobei es sich ergab, daß es sich um eine katholische Sonderklasse handelte, die sich hauptsächlich mit der Ausarbeitung kirchlicher Motive befaßte. In den Abendstunden fand auf dem Stefansplatz eine große nationalsozialistische Kundgebung statt, bei der nach den bisherigen Feststellungen acht Papierböllere explodierten.

Ähnliche Vorgänge haben sich auch in den Bundesländern abgespielt. Die Grazer Universität und die Technische Hochschule wurden wegen angekündigter nationalsozialistischer Kundgebungen auf zwei Tage geschlossen. In Innsbruck sollen gleichfalls vor der Universität zahlreiche Papierböllere explodiert sein. Die Heimatwehr mußte aufgerufen werden, da man weitere Explosionen befürchtete. Die Heimatwehren erließen einen Aufruf, der sofortiges Einschreiten gegen alle Demonstranten ankündigte.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 31. Januar 1934

Inventur-Verkauf.

Wenn das alte Jahr zu Ende und das neue ist im Gange, prüft der Kaufmann die Bestände und die schriftlichen Belange. Kurz gesagt — — — macht Inventur. Operiert geschickt mit Zahlen, kalkuliert in kluger Weise. Und läßt um Prozente fallen. Die bis jetzt gehaltenen Preise. Kurz gesagt — — — macht Inventur. Und die Hausfrauen, unsere Klugen, hören auf mit Pfenzen, Scheuern, Ueberlegen, rechnen, lugen. Billig könnte man erneuern Manches jetzt — — — beim Inventur. Und so kommen sie gelaufen, Mit den klingenden Moneten. Schwaben, lachen, kaufen, kaufen. Gehen heim mit viel Paketen Ganz zufrieden — — — Inventur.

A. Schu.

Volkstrauertag 1934.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als der Vorkämpfer für die Einsetzung des Volkstrauertages hat die Vorbereitungen zur würdigen Durchführung des Volkstrauertages am Sonntag Reminiscere (25. Februar) als Gedenktag für die Toten des Krieges und der Freiheitsbewegung begonnen. Einzelheiten über die Ausgestaltung der Gedächtnisfeierlichkeiten werden noch bekanntgegeben.

Arbeitsbeschaffung durch Bauparkassen.

Die Bauparkasse Gemeinschaft der Freunde Württemberg in Ludwigsburg gibt bekannt, daß sie leistungsfähig wiederum 4,4 Mill. RM., und zwar an 379 Bauparker, zur Ausschüttung gebracht hat. In knapp drei Monaten teilte sie zur Finanzierung von Eigenheimen über 33 Mill. RM. zu. Sie hat damit an ihrem Teile wesentlich zur Arbeitsbeschaffung beigetragen.

Steuerkalender für Februar 1934.

- Es sind zu entrichten am:
5. Februar 1934: die Lohnsteuer, die Ehestandshilfe und die Arbeitslosenhilfe, soweit letztere an die Finanzkasse zu entrichten ist, für die zweite Hälfte bzw. den ganzen Monat Januar 1934.
10. Februar 1934: die Umsatzsteuer-Vorauszahlungen für den Monat Januar.
10. Februar 1934: die Körperschaftsteuer für den Monat Januar.
15. Februar 1934: die Aufbringungsumlage II. Hälfte 1933.
15. Februar 1934: die IV. Rate der Vermögensteuer 1933.
20. Februar 1934: die Lohnsteuer, die Ehestandshilfe und die Arbeitslosenhilfe für die erste Hälfte des Monats Februar.

Fachschulungsabend der Gruppe Einzelhandel im DSB.

Für ihre erste Veranstaltung im Jahre 1934 hatte die Fachgruppe Einzelhandel im DSB den Organisationsleiter des Landesverbandes des Badischen Einzelhandels, Freiherrn v. Seckendorff, als Redner gewonnen. Die Bedeutung des Deutschen Einzelhandels für die Volkswirtschaft lautete das Thema, über das der Referent zu den im Ortsgruppenheim des DSB zahlreich versammelten Kaufmannsgehilfen sprach. Der Redner gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß der neue Staat mit dem Gegeneinanderarbeiten Schluß machte und an seine Stelle verständnisvolles Zusammenarbeiten setzte. Gerade der Kaufmannsgehilfe im Einzelhandel soll stärker als bisher an den Problemen und Sorgen der Einzelhandelsbetriebe und ihrer Organisation teilnehmen und dort seine Erfahrungen verwenden. Der Redner ging dann zu einer gründlichen Untersuchung der wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Einzelhandels über, wobei er feststellte, daß es in Baden 32.600 Einzelhandelsbetriebe mit insgesamt 74.000 darin beschäftigten Personen gibt und der Einzelhandel ein Viertel der ertragreichsten deutschen Steuer, der Umsatzsteuer, aufbringt. Besonders wies er darauf hin, daß bei der ständigen Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten auf ein gutes Verhältnis zwischen Unternehmer und Angestellten hingearbeitet werden müsse. Zu einem guten Teil werde es an der staatlichen organisatorischen Bereitschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände im Einzelhandel liegen, ob die guten Absichten der maßgeblichen Stellen in absehbarer Zeit verwirklicht werden können. Der Vorsteher der Fachgruppe Einzelhandel im DSB, P. J. F. Hermann, dankte dem Redner mit herzlichen Worten und versicherte ihm, daß die Kaufmannsgehilfen nach besten Kräften mitarbeiten werden und sich auf die Zusammenarbeit in echtem nationalsozialistischen Geiste freuen. Durch das Gelingen der Vorlesungen zu dieser Zusammenarbeit geschaffen. Hand in Hand werden Unternehmer und Angestellte dazu beitragen, den Staat der sozialen Gerechtigkeit zu bauen. Mit einem Siegesheiß auf unseren Führer wurde der interessante Schulungsabend beendet.

Der Kampfring der Deutsch-Oesterreicher im Reich, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete am 24. Januar eine Versammlung, die guten Besuch aufzuweisen hatte. Der Ortsgruppenführer, Herr Prof. Dr. Ing. A. Koenig begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und insbesondere die Gäste, Herrn Österr. Generalkonsul a. D., Ehren-Senator Menzinger und Herrn Prof. Dr. Bösch von der Technischen Hochschule. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die vom Reichsministerium des Innern verfügte Meldepflicht aller Deutsch-Oesterreicher, die von den Polizeidirektionen am 17. ds. Mts. veröffentlicht worden war, inzwischen zurückgenommen ist, so daß zur Beurlaubung kein Anlaß mehr besteht. Die Aufklärungsarbeit des Kampfringes hat bereits erfreuliche Ergebnisse gezeitigt. Die Aufklärungsarbeit muß mit allem Nachdruck fortgeführt werden, denn nur durch authentische Berichte können Greuelmährchen widerlegt werden. Herr Tomaschek äußerte sich sodann recht temperamentvoll über die in Oesterreich herrschenden Verhältnisse, die ihn gezwungen haben, seine Heimat zu verlassen. Herr Dr. von Schwarz berichtete über Ergebnisse bei einer Versammlung der nationalsozialistischen Front in Graz, woraus ebenso wie aus einem Bericht des Herrn Wiegisser zu ersehen war, daß das deutsche Volksempfinden in Oesterreich um so lebendiger ist, je mehr es durch die Maßnahmen der jetzigen Regierung zu leiden hat. Der Ortsgruppenführer dankte den Rednern und wies nochmals auf die fürzlich erschienene kleine Schrift von A. G. Frauenfeld („Oesterreichs deutsche Sendung“) hin, die jedes Mitglied besitzen sollte. Die Renaufnahme österreichischer Staatsbürger in den Kampfring ist z. Zt. durch eine von der Reichsführung verfügte Mitgliederperre unterbunden, die wohl nur kurze Zeit dauern wird. Elf Renaufmeldungen zum Kampfring wurden entgegengenommen, darunter auch die des früheren, österreichischen Generalkonsuls, Herrn Menzinger, der damit seine Verbundenheit mit Oesterreich trotz Amtsindelegation bekräftigt hat, sowie des Herrn Prof. Dr. Bösch von der Technischen Hochschule, eines gebürtigen Grazers.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 26. Jan.: Friedrich Däubler, Witwer, 80 Jahre alt, Sophienstraße 2. — 29. Jan.: Heinrich Brenneisen, Chem., 76 Jahre alt, Generalstiftung a. D., Beerdigung: 31. Jan., 14 Uhr, Ernst Siebold, 82 Jahre alt, Rednitzstraße a. D., Beerdigung: 1. Febr., 14 Uhr, Wilhelm Sinauan, Chem., 67 Jahre alt, Eichen Allee a. D., Beerdigung in Rastatt. Theresia Schaal, geb. Wenzler, 72 Jahre alt, Oberfrau von Julius Schaal, Fabrikarbeiter Beerdigung in Pforz.

Ausbau postalischer Einrichtungen in Karlsruhe

Im Laufe der letzten Jahre sind an die Karlsruher Reichspostverwaltung mancherlei Publikumswünsche herangetragen worden, deren Erfüllung nunmehr Schritt für Schritt zu erwarten steht. Während wir uns in der Landeshauptstadt allerdings mit der Errichtung des Selbstanknahmes noch eine Weile gedulden müssen, ist man bemüht,

das Netz öffentlicher Fernsprechkablen zu erhöhen. Bei der Errichtung von Fernsprekhäuschen vor einigen Jahren wurde wiederholt Klage geführt, daß beispielsweise in der Mittelstadt ein Mangel an solchen bestünde, während in anderen Bezirken solche öffentliche Fernspreckablen in verhältnismäßig großer Zahl vorhanden sind. Aus diesen Gründen hat man nunmehr die Errichtung eines neuen Münzfernsprechers auf dem Adolf-Hitler-Platz beschlossen; außerdem werden drei weitere Münzfernsprecher im Südweststadtteil Ecke Sölln- und Boedstraße, in der Gartenstadt am Ostendorffplatz und in der Weststadt, Ecke Mollte- und Fendendorffstraße, aufgestellt werden. Mit diesen neuen Münzfernsprechern erhöht sich deren Zahl im Stadtinnern auf 43; außerdem stehen für fernmündliche Verbindungen 19 Fernsprekhäuschen und 40 öffentliche Sprechstellen in Geschäften und bei Privaten zur Verfügung. Insgesamt dienen also 102 Einrichtungen dem öffentlichen Fernsprechen.

In der Erstellung neuer, großer Briefkästen sind ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen. Da sich wiederholt ergeben hat, daß die früheren Kleinbriefkästen an den Häuserwänden öfters überfüllt waren, hat man an den meist frequentierten Stellen des Stadtbezirks schon vor einiger Zeit mit der Aufstellung neuerartiger Großkästen begonnen, die einen 3-4fachen Briefpostinhalt bergen können, als die alten Behälter. Ingesamt sind zurzeit 132 Briefkästen auf das ganze Stadtgebiet verteilt, wozu noch 44 Briefkästen in den Vororten kommen. Bei einer Reihe von diesen Briefkästen findet die letzte Abendeerung um 20 Uhr, bei einigen um 22 Uhr statt.

Aus Publikumskreisen ist wiederholt die Bitte an die Reichspost gerichtet worden, Spätierungen erst um 22.30 Uhr vorzunehmen zu lassen, wie dies beispielsweise vor dem Kriege der Fall war. Auch gehen die Wünsche vieler dahin, an Sonntagen gleichfalls eine Spätlieferung der Briefkästen um 22 oder 22.30 Uhr einzuführen, anstatt eine letzte Leerung schon um 18 Uhr. Aus diesen Gründen sind nämlich alle diejenigen Personen, die an Sonn- und Feiertagen nach 18 Uhr abends noch ihre Post befördert wünschen, gezwungen, die Briefkästen an der Hauptpost oder Bahnpost zu benutzen, wobei je nach dem Wohnort des Aufstellers eine nicht unerhebliche Wegstrecke zurückgelegt werden muß. Die Abstellung dieser Mängel, bzw. spätere Leerungen an Wochen- und Sonntagen, wäre im Interesse des Publikums wünschenswert.

Postwertzeichen. Die Deutsche Reichspost läßt künftig alle Freimarken auf Papier mit dem Wasserzeichen Halenkreuze drucken. Sie gibt auch wieder Postarten mit Antwortkarte zu 5+5 Pf. für den Ortsverkehr aus, die bei denjenigen Postanstalten zum Verkauf bereitgehalten werden, bei denen ein Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Standesorganisation des Kraftfahrzeuggewerbes. Im dicht besetzten Gartensaal des Restaurants Moninger fand am Sonntag, den 28. Januar ds. Js., die Gründungsversammlung einer Pflichtenvereinigung für das Kraftfahrzeuggewerbe im Pandeskommissariatsbezirk Karlsruhe statt.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Führer, Herrn Obermeister Hagener-Karlsruhe, gab in interessanten Ausführungen Herr Studienrat Stehlin einen Überblick über die Entwicklung des Kraftfahrzeuggewerbes, das sich seit der Erfindung des Automobils in kaum einem Menschenalter zu einem lebenswichtigen und angehenden Berufsstand innerhalb des deutschen Handwerks entwickelt habe. Dank der einschüßlichen Förderung durch die Badischen Handwerkskammern wurde das Kraftfahrzeuggewerbe in Baden schon im Jahre 1928 als selbständiges Handwerk anerkannt und in der Folge im Handwerkskammerbezirk Karlsruhe eine freie Innung gegründet, die sich bis zum heutigen Tage erfolgreich und zielbewußt betätigt habe. Nach den Richtlinien des neuen Staates sei es nun notwendig, die bisherige freie Innung in eine Pflichtenvereinigung umzuwandeln, deren erfolgreiche Abstimmung laut Vorbericht der Gewerbeordnung am 17. Dezember 1933 stattgefunden habe.

Der örtliche Geltungsbereich der Innung soll sich über den Landesterritoriumsbezirk Karlsruhe, also über die Amtsbezirke Bretten, Bruchsal, Bühl, Ettlingen, Karlsruhe, Pforzheim und Rastatt erstrecken. Die berufliche Ausdehnung soll alle mit dem Kraftfahrzeug verwandten Berufe umfassen, wie Auto- und Motorradmechaniker, Flugzeugmechaniker, Zylinderbohrmaschinen, Auto-Elektriker, Vulkanisierer, Fahrlehrer, Garagen und Tankstellen mit Reparaturbetrieben. Gemischte Betriebe sollten, soweit sie mit mehr als 50 Pro-

25 Jahre Postverkehr.

Denkschrift des Reichspostministeriums. Noch um die Jahrhundertwende — so heißt es in der Denkschrift, die das Reichspostministerium zum 25jährigen Bestehen des deutschen Postverkehrs herausbringt — war in Deutschland das Zahlen mit Schekel oder Ueberweisung, abgesehen vom Reichsbankgrossoverkehr, wenig gebräuchlich, ganz im Gegensatz zu England und zu den Vereinigten Staaten von Amerika, wo der Scheckverkehr schon damals von größter Bedeutung war. Wenn seitdem auch in Deutschland der bargeldlose Zahlungsverkehr erfreulicherweise zu größerer Bedeutung gelangt ist und von breiteren Schichten des Volkes angewandt wird, so hat zu dieser Verdrängung der Zahlungsverkehr nicht zuletzt der am 1. Januar 1909 eingeführte Postcheckverkehr wesentlich beigetragen. Er hat sich in den vergangenen 25 Jahren durch seine fortschreitende Ausbreitung zu einem wichtigen und nicht mehr zu entbehrenden Glied des deutschen Wirtschaftslagers entwickelt.

Die Denkschrift gibt einen Überblick über die Einzelheiten der geschichtlichen Entwicklung, der durch Tabellen, Karten und graphische Bilder unterstützt wird. Sie behandelt sowohl die rechtlichen, technischen und verkehrsrechtlichen Grundlagen; die Verjüngung der Guthaben, die Anlage der Postgelder und der Postcheckverkehr in anderen Ländern sind Gegenstand weiterer Darstellungen.

Die Denkschrift schließt mit folgendem Ausblick. So erfreulich die Entwicklung des Postcheckverkehrs in den 25 Jahren seines Bestehens auch ist, so kann und darf er doch seinen Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Wenn man die Verhältnisse in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz zum Vergleich heranzieht, wo bei einem ebenfalls hochentwickelten Bankwesen auf 1000 Einwohner 38,02, 28,34 und 23,22 Postcheckkonten entfallen, während in Deutschland nur 15,60 Konten auf 1000 Einwohner aufzuweisen hat, so wird zugegeben werden müssen, daß der Postcheckverkehr in Deutschland noch ungemein heiterungsfähig ist und daß noch viele für ihn gewonnen werden können und müssen. Auffällig gering ist die Beteiligung der Landwirtschaft. Nur 19.000 der Postcheckkonten entfallen auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Gärtnereien und Fischereien. Das entspricht nicht im entferntesten der Bedeutung, die diese Betriebe im deutschen Wirtschaftsleben einnehmen. Auch das Kleingewerbe und Handwerk, das nur rund 68.000 Postcheckkonten stellt, müßte seiner Bedeutung nach wesentlich stärker am Postcheckverkehr beteiligt sein. Die Vorteile des Postcheckverkehrs liegen in seiner Sicherheit, Bequemlichkeit und vor allem in seiner Billigkeit durch den gebührenden Ueberweisungsverkehr. Er bietet dadurch jedem einzelnen, der einen nur irgendwie nennenswerten Zahlungsverkehr hat, nicht nur dem Geschäftsmann, beachtenswerte Vorteile. Wer ein Postcheckkonto hat, dient sich selbst, seinen Geschäftsfreunden und dem Volksganzen.

Möge der Postcheckverkehr im zweiten Vierteljahrhundert seines Bestehens seinen glänzenden Aufstieg fortsetzen zum Nutzen unserer Volkswirtschaft, zum Segen des deutschen Volkes.

Standesorganisation des Kraftfahrzeuggewerbes.

ent ihres Umsatzes im Kraftfahrzeuggewerbe sich betätigen, ebenfalls der Innung angehören. Des weiteren erläuterte der Vortragende die vielseitigen Aufgaben einer Pflichtenvereinigung auf beruflichem, wirtschaftlichem und nationalem Gebiet und ermahnte die Anwesenden zu opferfreudiger und uneigennütziger Mitarbeit an der neuen Organisation, die mit einem Grundstein bilde im künftigen Aufbau des neuen Staates. Im Beisein des an der Berammlung teilnehmenden Kreisamtsleiters Frey der K.S.-Hago wurden durch Jurof die Vorkandidaten für die beherzigungswerten Schlüsselwörter des Kreisamtsleiters Frey. Dieser gab ein anschauliches Bild der Mitwirkung des deutschen Handwerks in der nationalen Erhebung. Er schilderte die Tätigkeit des ehemaligen Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes und legte Zweck und Aufgaben der K.S.-Hago und der deutschen Arbeitsfront klar. Vor allem müsse im Mittelstand Sauberkeit und Handwerkerethik wieder Platz greifen, Einigkeit und kameradschaftlicher Geist seien die unbedingten Grundlagen, auf denen allein wieder Aufbauarbeit geleistet werden könne. Er sprach weiter über Regiebetriebe, Warenhäuser, Bekämpfung der Schwarzarbeit und andere zeitgemäße Handwerksfragen. Mit dem Dank an die Erziehungsinnen und einem Treuegelöbnis für den Führer Adolf Hitler schloß der Vorsitzende die eindrucksvolle Kundgebung. Der Nachmittag verammelte die Führer der 4 badischen Innungen Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz zwecks Gründung eines Landesverbandes und Aussprache über organisatorische Maßnahmen des Berufsstandes.

Tennnis / Tischtennis / Tischtennis

NEUESTE SPORTNACHRICHTEN DER BADISCHEN PRESSE

Badische Skijugend in Neustadt.

Im Gau Baden des Deutschen Ski-Verbandes wurde am Sonntag in Neustadt im Schwarzwald der Reichs-Jugendstiftag durchgeführt. Die Teilnehmer hatten einen aus Abfahrtslauf und Sprunglauf bestehenden kombinierten Wettbewerb zu bestreiten, aus dem bei den Jungmännern August Geiger-Hinterzarten, bei den Jungfrauen Rolf Rees vom SSW, Schauinsland als Sieger hervorgingen. Die Mädchen nahmen nur am Abfahrtslauf teil, hier erreichte Hilde Wadelung-Freiburg in der Klasse der 18 bis 20 Jahre alten Teilnehmerinnen mit 10:41 Minuten die Bestzeit des Tages. Der Abfahrtslauf ging über eine 4,5 Kilometer lange Straße über Waldwege und stellenweise freie Waldhöhen und wies eine Höhenifferenz von 350 Metern auf. Nach der Abwicklung des Sprunglaufes, der erst am Nachmittag stattfand, wurde auf dem Rathausplatz in Neustadt die Siegerehrung durch Gau-Jugendführer Richter vorgenommen. Die Ergebnisse waren: Abfahrtslauf: Mädchen: (Jugendklasse): 1. Trudel Bessag-Baden-Baden 14:41 Min.; 2. Inge Kühn-Offenburg 17:00 Min.; (Klasse 18-20 Jahre): 1. Hilde Wadelung-Freiburg 10:41 Min. (Bestzeit der Mädchen), 2. Rnecht-Offenburg 11:44 Min.; Herren: Jugendklasse I, 16-18 Jahre): 1. Rudolf Rees-Schauinsland 9:05 Min.; 2. H. Künneke-Baden-Baden 9:07; Jungmänner: (18-20 Jahre): 1. August Geiger-Hinterzarten 8:17 (Bestzeit des Tages), 2. H. Sommer-Freiburg 8:47.

Sprunglauf: Jugend: 1. Oskar Scherer-Neustadt 16,5 m, 17,5 m, 17,5 m, Note 310,75; 2. W. Dold-Schauinsland 15,5 m, 16,5 m, 17,5 m, Note 300,25; Jungmänner: 1. D. Schuler-Neustadt 14,5 m, 19,0 m, 19,5 m, Note 300,25; 2. A. Geiger-Hinterzarten 15,5 m, 15,5 m, 19 m, Note 298,5. Kombiniertes Lauf: Jungmänner: 1. August Geiger-Hinterzarten, Note 658,5; 2. Otto Schuler-Neustadt 622,5; 3. H. Sommer-Freiburg 547,55; Jugend: 1. Rolf-Rees-Schauinsland, Note 581, 2. H. Künneke-Baden-Baden 534,34, 3. W. Dold-Schauinsland 512,25.

Kreislisten-Ergebnisse.

Alem. Eggstein — F.C. Grünwinkel 12:0. Sp.Baa. 08 Neureut — F.W. Ruppurr 2:1. Volkspost — Reichsbahn 3:1. F.C. Süßtern — F.M. Neureut 1:4. Victoria Bergaunen — Sp.B. Wöschbach 11:0. F.W. Blankenloch — F.W. 09 Pflingsburg 4:0. F.C. 02/05 Ettlingen — F.W. Welschment 2:3 (Privatspiel). F.W. Graben — F.W. Einkenheim 4:2. F.C. Rheinsheim — F.W. Spöck 4:1. F.W. Unterwiesheim — F.C. Ubstadt 4:2. F.W. Reudorf — Germania Kalsdorf 3 3:1. D.S. Rheinhauen — D.S. Reuthart 2:3 (abgesr.). F.W. Wöflingen gegen Spinnerei Ettlingen 4:1. D.S. Wöflingen — F.C. Dufenbach 3:4. F.W. Vangenbrüden — F.C. Oberwiesheim 6:0. F.W. Bruchsal — F.M. Bretten 3:3. F.W. Weier — Gaggenau ausgefallen. Walsch — Niederbühl 1:1. Franfonia Rastatt — Weisheim 2:0. Wöflsch — Bruchsalen 6:0. Dittenau — Kuppenheim 2:2. Fautenbach — D.S. Albern 2:3. Sandweier — Vaden-Dos 0:2. Vichtental — D.S. Baden-Baden 3:4. Vom Karlsruher Fußball-Jugendbort. K.S. A 1 — F.W. Weierheim A 1 11:0. — K.S. A 2 — F.W. Darlanden A 1 0:3. — F.W. Grünwinkel B 1 — K.S. B 1 0:1. — K.S. C 1 gegen F.W. Mühlburg C 1 4:1. — K.S. C 2 — F.W. Mühlburg C 2 8:0.

Handballergebnisse aus Mittelbaden.

Kreisliste: Staffel 1: Tu. Kappelwindel — Tu. Geroldsau 10:4. Tu. Greftern — Tu. Bühl 5:5. — Staffel 2: Turnverein Baden-Baden — D.S. Muggensturm 10:1. Tu. Sandweier — Tu. Muggensturm 7:5. — Kreisliste 2 (Untere Mannschaften): Tu. Rastatt 1846 — D.S. Muggensturm 21:0; Tu. Sandweier — Tu. Muggensturm 3:3.

Sonja Henie erwies sich auch bei den Europameisterschaften im Eistanzlaufen in Prag als unschlagbar. Sie holte sich den Titel mit großem Abstand vor der Wienerin Riejlotte Landsbed.

Das Schulwesen in Baden.

Ein badisches Gesetz über die Grund- und Hauptschule / Die Verankerung der neuen Erziehungsgrundsätze.

Das Bad. Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 7 enthält ein neues badisches Gesetz vom 29. Januar 1934 über die Grund- und Hauptschule. Das recht umfangreiche Gesetz umfaßt neun Titel und 58 Paragraphen. Es handelt von der Aufgabe der Grund- und Hauptschule, der Schulpflicht, dem Schulaufbau, den Schulbehörden, den Lehrern, der Schulpflege, dem Schulaufwand, den Lehrern an nichtstaatlichen Anstalten und schließlich enthält es noch Vorzugsbestimmungen. Das Gesetz tritt am 18. Januar 1934 in Kraft. Gleichzeitig damit treten die Vorschriften des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 außer Kraft.

Der grundlegende § 1 betrifft die

Aufgabe der Grund- und Hauptschule

und besagt:

1. Die Grund- und Hauptschule hat die Aufgabe, den Jugendlichen auf dem Baugrund von Blut, Boden, Volksgemeinschaft und Religiosität zum charaktervollen deutschen Menschen zu erziehen und ihn zum verantwortungsbewußten deutschen Staatsbürger von hingebender Pflichterfüllung im Dienste der deutschen Volksgemeinschaft heranzubilden.

2. Die Grund- und Hauptschule fördert zu diesem Zwecke die Entwicklung der Jugend durch artgemäße und planmäßige Übung der körperlichen, seelischen und geistigen Kräfte, und unterweist die Jugend in den für das Leben notwendigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten.

Nach § 2 umfaßt die Grundschule die Schuljahre 1—4, die Hauptschule die Schuljahre 5—8.

Nach § 3 hat der Unterricht nachstehende Gegenstände zu umfassen:

a) in der Grundschule: Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen, Heimatkunde, Singen, Leibesübung; für die Mädchen — so weit möglich — weibliche Handarbeit.

b) in der Hauptschule: Religion, Deutsch mit Volkstunde, Geschichte auf völliger Grundlage, Heimat- und Erdkunde, Rechnen und Raumllehre, Natur- und Lebenskunde (einschließlich Pflanzenkunde), Zeichnen und Musik, nach Möglichkeit Wertunterricht, Leibesübungen, für Mädchen auch weibliche Handarbeit.

Die Einrichtung von freiwilligem Unterricht in fremden Sprachen an den Hauptschulen mit erweiterter Unterrichtszeit oder verlängerter Schulzeit, bedarf der Genehmigung des Unterrichtsministeriums.

Die Zahl der wöchentlichen Pflichtunterrichtsstunden soll in der Grundschule mindestens 16, in der Hauptschule mindestens 20 und höchstens 32 für die einzelnen Klassen betragen.

Der Unterricht in der Grund- und Hauptschule wird allen schulpflichtigen Kindern gemeinschaftlich erteilt, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, sofern die Kinder verschiedenen religiösen Bekenntnissen angehören. (§ 4.)

Für Kinder, die nach ärztlichem Gutachten infolge ihrer Verablagung eine besondere Fürsorge erfordern, können durch die Gemeinde Hilfsklassen oder Hilfskassen errichtet werden. (§ 5.)

Im gleicher Weise können für Kinder, die nach ärztlichem Gutachten infolge körperlicher Leiden am Unterricht nicht in vollem Umfange teilnehmen können, oder die zum Besuch der Volksschule nicht angehalten werden können, oder davon befreit oder ausgeschlossen sind, besondere Einrichtungen getroffen werden.

Die §§ 6—10 handeln von der Schulpflicht, die acht Jahre dauert. Sie beginnt, falls das Reich nichts anderes bestimmt, am 1. August mit dem Beginn des Schuljahres für alle Kinder, welche bis zum nächstfolgenden 30. April das 6. Lebensjahr vollendet haben, und endet mit dem Schluß des Schuljahres für alle Kinder, welche bis zum nächstfolgenden 30. April das 14. Lebensjahr zurücklegen. Kinder, die in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli das 6. Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten unter gewissen Voraussetzungen zu Beginn des Schuljahres aufgenommen werden.

Wegen ungerechtfertigter Schulverweigerung eines Kindes ist gegen dessen Eltern oder Stellvertreter eine Geldstrafe von 50 Reichspfennig für einen Tag durch den Bürgermeister auszusprechen.

An die Stelle der Geldstrafen kann eine Mahnung treten. Die §§ 11—17 regeln den

Schulaufbau.

Die Errichtung und die Aufhebung von Grund- und Hauptschulen erfolgt durch Entschließung des Unterrichtsministeriums. In jeder politischen Gemeinde soll eine einzige Grund- und Hauptschule bestehen. Das Unterrichtsministerium kann aus erheblichen Gründen gestatten, oder nach Anhörung des Bezirksrats anordnen, daß für mehrere Gemeinden oder für Abteilungen einer Gemeinde zusammen mit einer anderen ganzen Gemeinde oder Teilen derselber eine Grund- und Hauptschule gemeinsam gehalten werde.

Die Vereinigung mehrerer bestehender Grund- und Hauptschulen zu einem Schulverband

ist dann zulässig, wenn sich die Vereinigung ohne Neuerrichtung von Schulgebäuden oder Erweiterung bestehender Schulgebäude durchführen läßt und wenn der Weg zur gemeinsamen Schule für die Schüler der bisher getrennten Schulen nicht zu weit ist und keine besonderen Schwierigkeiten oder Unzulänglichkeiten bietet. In der für alle schulpflichtigen Kinder gemeinschaftlichen Grund- und Hauptschule soll auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder im Umfange des § 4 tunlichst Rücksicht genommen werden. Die Erteilung des Religionsunterrichts wird gewährt. An jeder getrennt unterrichteten Abteilung einer Grund- und Hauptschule wird für den Religionsunterricht die nötige Stundenzahl in den Lehrplan aufgenommen. Der Religionsunterricht wird durch die Religionsgesellschaften besorgt und überwacht. Sie werden bei Erteilung desselben durch dazu befähigte erhaltene Lehrer unterstützt. Der Lehrplan für den Religionsunterricht, der Lehrstoff und die Auswahl der Lehrbücher werden im Einvernehmen mit den obersten Kirchenbehörden festgelegt.

Die §§ 18, 19 und 20 beziehen sich auf die Schulbehörden. Die örtliche Aufsicht über die Grund- und Hauptschule wird durch das örtliche Schulamt geführt, dessen Leiter der dienstführende Lehrer ist. Zur Beaufsichtigung einer größeren Anzahl von Grund- und Hauptschulen werden Kreis- und Stadtschulämter mit einem Vorstand und der nötigen Zahl von zweiten Beamten bestellt. Die §§ 21—34 beziehen sich auf

Lehrerberuf und Lehrerpersönlichkeit.

Als Lehrer der Grund- und Hauptschule darf nur berufen werden, wer die durch Verordnung des Unterrichtsministeriums besonders geregelte Vorbildung besitzt und die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rüchaltlos für die deutsche Volksgemeinschaft und den nationalsozialistischen Staat eintritt. Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Lehrer berufen werden. Lehrer, die mit einer Person nicht arischer Abstammung die Ehe eingegangen, sind zu entlassen. Auf die Lehrer der Grund- und Hauptschule finden die beamtenrechtlichen und besoldungsrechtlichen Vorschriften, welche für badische Staatsbeamte gelten, Anwendung, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt. Das Gleiche gilt für die Lehrerinnen mit den Einschränkungen der für weibliche Beamte geltenden Sonderbestimmungen. In jeder Grund- und Hauptschule sind so viele Lehrer anzustellen, daß auf einen dauernd nicht mehr als 70 Schulkinder kommen. Die zur Befriedigung eines dauernden Bedürfnisses errichteten Lehrstellen sollen in der Regel mit Hauptlehrern besetzt werden. Mit nichtplanmäßigen Lehrern sollen an Grund- und Hauptschulen mit 2—6 Lehrstellen nur eine, bei 7—13 Lehrstellen nur 2, bei 14—20 3, bei 21—27 4 Stellen usw. besetzt werden. In der

Regel haben an der Grund- und Hauptschule alle Lehrer 32 Unterrichtsstunden in der Woche zu erteilen. Den Lehrern ist gestattet, den Organisationsdienst nach Maßgabe der für Besorgung von Nebenbeschäftigungen durch Beamte allgemein geltenden Vorschriften zu übernehmen. Die §§ 35—40 handeln von der

Schulpflege.

deren Aufgabe es ist, einen geordneten äußeren Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Sie wird von der Schulpflegschaft gebildet, die ein Gemeindeorgan ist, und der angehören: der Bürgermeister oder ein von ihm beauftragter Stellvertreter als Vorsitzender, der Leiter des Schulamtes, der Ortspfarrer von jedem in der Schulgemeinde vertretenen Bekenntnisse, für welches Religionsunterricht eingerichtet

ist, sowie 2—4 Mitglieder des Gemeinderats, welche vom Bürgermeister ernannt werden.

Die §§ 41—51 enthalten die Bestimmungen über den Schulaufwand. Der persönliche Aufwand für die Grund- und Hauptschulen wird, soweit er durch die Vorschriften dieses Gesetzes geboten ist, von der Staatskasse getragen; soweit er dadurch entsteht, daß auf Antrag einer Gemeinde an einer Grund- und Hauptschule Lehrstellen über das gesetzliche Maß hinaus errichtet werden, fällt er der Gemeinde zur Last. Der sachliche Aufwand für die Grund- und Hauptschulen wird von der Gemeinde getragen.

Die §§ 52 und 53 betreffen die Ausübung des Lehrerberufes an nichtstaatlichen Anstalten. Der Schlußteil des Gesetzes (§§ 54—58) enthält die Vollzugsbestimmungen

Die Schule des werkenden Volkes.

Von Ministerialrat Federle, Karlsruhe.

Der Leiter der Abteilung Volksschulen im Ministerium des Kultus und Unterrichts und der Justiz — Abteilung Kultus und Unterricht —, Hr. Rat. Dr. Fed. erle, Karlsruhe, stellt uns anlässlich seiner Ernennung zum Ministerialrat die folgenden Zeilen zur Verfügung.

Die Abteilung Volksschulen umfaßt in Baden die Gewerbeschulen, das Staatstechnikum Karlsruhe, die Goldschmiedeschule Pforzheim, die Uhrmachers- und Schnitzereischule Pforzheim, die höheren Handelschulen, die Pflichthandelschulen, die Oberhandelschule Freiburg i. Br. und die gewerblichen Fortbildungsschulen.

Die oben erwähnte Ernennung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit von der heutigen badischen Regierung eindeutig und in aller Klarheit mit der Mindereinstufung, die das Schulwesen für Handwerker und Kaufmannschaft von den bisherigen sogenannten „Volksschulen“ erfahren hatte, gebrochen worden ist. Wie vom Führer selbst der tüchtige werkende und handarbeitende Volksteil und seine Arbeit gleichgewertet wird mit der produktiv schaffenden Tätigkeit der geistig kopparbeitenden Volksgenossen, so wurde nunmehr in Baden die Schule der werkenden Schichten unseres Volkes, die Gewerbe- und Handelschulen, in aller Form in der Person des Abteilungsleiters den übrigen Schulgattungen gleichgestellt.

Dies ist ein um so beachtlicheres Symptom, als in Zukunft gerade die Schulgattungen, die zu werkenden Berufen führen, nach der nunmehr durch die Reichsregierung erfolgten Profielung des unzulässigen und über alle Massen angeschwollenen Stromes der Studierenden für alle Schichten unseres Volkes erhöhte Bedeutung gewinnen.

Es gab einmal eine Zeit in Deutschland und die ist noch lange nicht überall verschwunden, da sah der sogenannte „Bürger“ und die sogenannte „bessere Gesellschaft“ sehr herablassend auf den Mann im Arbeitsanzug und in der Kaufmannschürze herunter und tat sich wunder was auf die eigene Weisheit und Würde zugute. Noch heute haben sich viele Gebildete nicht die Mühe gegeben, den Werkenden und seine Ausbildung und Tätigkeit kennen zu lernen. Andererseits hat der werkende Mensch selbst in den Zeiten eines krankhaften Individualismus und in den Tagen einer Verhimmelung aller Individualität sein ganzes Selbstvertrauen eingebüßt. Jeder kleine Schreiber erschien ihm in seiner Tätigkeit als etwas höheres, nur weil er zur Arbeit einen guten Rock anbehalten konnte. Seine besten Kräfte schickte Handwerker und Handel ins Studium und herab zu ihm selbst in großem Ausmaß seiner Führer. Unzählige gute Köpfe aus den werkenden Schichten wandten infolge unseres verkehrten Bildungsbegriffs in falschem Ehrgeiz den werkenden Berufen den Rücken, einestells allerdings um zu tüchtigen akademischen Führern zu werden, anderentells aber auch nur, um in einer Schreibstube zu verrotten. Viele prachtvolle Jungen aus der gebildeten Schicht „verdanken“ es ferner dem Bildungswahn ihrer Eltern, daß sie, statt ihren Anlagen folgen zu dürfen und ein

frischer, froher Wertmann zu werden, der in seiner Tätigkeit Befriedigung gefunden und deswegen vorwärts gekommen wäre, mit Ach und Krach durch die hohe Schule gebrüht wurden und dann in einem ihnen nicht liegenden Beruf versauern und verbittern.

Diese unnatürliche Entwicklung hat jetzt ihr Ende erreicht. Das Akademikerproletariat, ans infolge seiner Ausbildung meist für andere Berufe verdoeben ist, verliert die Verantwortlichkeit der vergangenen Regierungen, die untätig dieser Entwicklung zusehen, und ist eine furchtbare Mahnung für ehrgeizige Eltern. Unseres Volkes Führer aber hat Allen den Weg zum werkenden Menschen wieder geöffnet. Er hat den werkenden Mann als seinen liebsten Sohn herein in die Nation, in den Staat genommen. Er hat dem Mann am Schraubstock, an der Hobelbank und hinterm Labentisch sein Selbstgefühl, sein wertvolles Selbstvertrauen wieder geschenkt. Sein Verdienst ist es, daß unter werkendes Volk wieder stolz auf seine Arbeit sein Haupt erheben darf und daß jeder junge Mensch auch aus den gebildeten Schichten endlich den düstlerhaften Bildungswahn beiseite schieben kann und herzhast frisch und froh, wenn er Posten anlagen hat, in ein Handwerk eintreten kann, oder wenn er geschäftlich-rechnerisch vorteilhafter ist die Kaufmannschaft erlernen kann, ohne erst den Umweg über die Gebildetenschule nehmen oder vor seinen Kameraden erröten zu müssen. In der Wertung der Handarbeit wurde bisher sehr leicht übersehen, daß in ihr oft sehr viel Kopparbeit eingeschlossen liegt. Ich behaupte, daß ein tüchtiger Wertgeselle und Meister oder Kaufmann oft sehr viel mehr geistige, schöpferische Arbeit zu leisten hat, als mancher Träger eines geistigen Berufes, dessen Tätigkeit eine rein mechanische ist.

In dieser Linie liegt die Gleichstellung des Abteilungsleiters der werkenden Schulen mit den übrigen Abteilungsleitern im Ministerium des Kultus und Unterrichts und der Justiz — Abteilung Kultus und Unterricht — durch die badische Regierung. Des werkenden Volkes Nachwuchs, der mehr und mehr an Bedeutung gewinnen wird hat nun auch in seinen Schulen die gebührende Anerkennung der Wertigkeit seiner Ausbildung erhalten. Wertende Arbeit und Kopparbeit stehen gleichwertig nebeneinander; notwendig sind sie beide, beide ergänzen sich. Ihre jungen Träger aber, unseres Volkes Hoffnung und unser Stolz, müssen sich auch in ihrer schulischen Ausbildung mehr und mehr einander nähern. Wir können dem werkenden Nachwuchs, besonders da aus ihm immer mehr ohne den Umweg über die Gelehrtenschule auch der Techniker und Ingenieur hervorgehen wird, in seinen Entwicklungsjahren heute, aus unserer nationalsozialistischen Einstellung heraus nicht mehr das verlagen, was man der kopparbeitenden Jugend in hohem Maße gibt, eine allgemein völkische Bildung. Auch im werkenden Volksgenossen sehen wir heute nicht mehr, wie eine bisherige ide materialistische Zeit es tat, nur das möglichst fein zu schäufende Werkzeug von Handwerk, Handel und Industrie, sondern vor allem unsere werkenden Volksgenossen!

Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung.

Zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Das badische Staatsministerium hat unter dem 29. Januar ds. Js. wie in einem Teil der Auflage schon kurz berichtet, ein im Gesetz und Verordnungsblatt verkündetes Gesetz beschlossen, das mit Rückwirkung auf den 1. Mai 1933 in Kraft tritt. Es betrifft den Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung und bestimmt in § 1 folgendes:

Beamte von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Kreisen und sonstigen nicht der Reichsaufsicht unterstehenden Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, die auf Grund der §§ 3, 4 oder 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, haben Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur, wenn sie im Zeitpunkt dieser Zuruhelegung oder Entlassung als Pflichtmitglieder der Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte oder nach den Bestimmungen einer Satzung oder besonderen Vereinbarung für den Fall der Zuruhelegung wegen Dienstunfähigkeit ruhegehaltberechtigt waren.

§ 2 besagt u. a.: Erfolgt die Zuruhelegung oder Entlassung auf Grund der §§ 3 oder 4 des Gesetzes, oder werden diese Bestimmungen auf Beamte angewendet, die schon aus dem Dienst ausgeschieden sind, so wird Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur unter der weiteren Voraussetzung gewährt, daß der Beamte eine mindestens 10-jährige Dienstzeit vollendet hat.

Erfolgt die Zuruhelegung auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, so wird nach § 4 Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gemäß den Vorschriften des genannten Gesetzes unter den Voraussetzungen und in dem Umfange gewährt, wie sie dem Beamten auf Grund des Versicherungsgesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte oder den Bestimmungen einer Satzung oder Vereinbarung für den Fall der Dienstunfähigkeit zu gewähren wären.

Für die Bürgermeister wird u. a. bestimmt: Bürgermeister, die auf Grund der §§ 3, 4 oder 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, haben einen Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur in dem Umfang, in dem ihnen im Zeitpunkt dieser Zuruhelegung oder Entlassung nach § 27 der Gemeindeordnung oder einer auf Grund dieser Vorschrift abgeschlossenen Vereinbarung für den Fall der Nichtwiederwahl ein solcher Anspruch zustände.

Bürgermeister, die auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ohne einen Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nach § 5 dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzt worden sind, haben, wenn sie mindestens drei Jahre hauptberuflich tätig waren, Anspruch auf Wartegeld in Höhe des einmaligen Betrages der Jahresbesoldung; bei mehr als

neunjähriger Dienstzeit berechnet sich das Wartegeld nach den Vorschriften des § 27 der Gemeindeordnung. — Bürgermeister, die auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ohne Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nach § 5 des Gesetzes entlassen worden sind, haben einen Anspruch auf Wartegeld nur, wenn ihnen im Zeitpunkt der Entlassung ein solcher gemäß des § 27 der Gemeindeordnung oder einer gemäß dieser Vorschrift abgeschlossenen Vereinbarung für den Fall der Nichtwiederwahl zustände.

Der § 9 trifft Bestimmungen zum Ausgleich von besonderen Härten.

Der Gemeindeaufwand für die staatliche Ordnungspolizei.

Nach einem am 1. Januar 1934 rückwirkend in Kraft getretenen Gesetz wird für die Rechnungsjahre 1933, 1934 und 1935 der von der Gemeinde der Staatskasse zu erlegenden Aufwand für die staatliche Ordnungspolizei als Pauschsumme erhoben, die dem für das Rechnungsjahr 1932 für die Gemeinden mit staatlich verwalteter Ortspolizei endgültig festgelegten Beiträge entspricht.

Durch Gas betäubt.

Pforzheim, 30. Jan. Durch auströmendes Gas betäubt wurde gestern vormittag der 48 Jahre alte, verheiratete Tapezierer Heinrich Lamont, der in einem Hinterhaus der Osterfeldstraße ein Zimmer tapezierte. Die Bewohner fanden ihn bewußtlos am Boden liegend auf, als man nach geraumer Zeit nach ihm und dem Fortgang der Arbeit sah. Der Arzt veranlaßte sofort die Ueberführung ins Krankenhaus, wo der Bewußtlose mit Sauerstoff ins Leben zurückgerufen werden konnte. Die Untersuchung ergab, daß in dem Zimmer der betreffenden Wohnung kurz vorher eine Gaslampe entkernt worden war, ohne daß man gleichzeitig die Gasleitung verdrichtet hatte.

Eine Minute — vor dem Schlafengehen.

Längerer Zeit bedarf es nicht, um Ihre Hände vor jeder schädlichen Einwirkung von häuslicher Arbeit, von Sport und rauhem Wetter zu schützen. Jede Frau, die im Haushalt selbst mit ansetzen muß, wird ihre arten, gepflegten Hände bald in rote, reizlose „Hausarbeits Hände“ verwandelt sehen, wenn sie sie nicht mit dem richtigen Mittel pflegt. Und so leicht, so mühelos ist die Pflege mit dem Spezialmittel Kaloderma-Geele. Ein wenig davon abends vor dem Schlafengehen aufgetragen — nach dem Waschen, solange die Haut noch feucht ist — verhindert mit Sicherheit jedes Rot- und Raubwerden, ganz gleich wie sehr Ihre Hände anstrengender Tätigkeit in Haushalt und Beruf — ganz gleich wie sehr sie unglücklicher Witterung ausgesetzt waren. Es erhält Ihre Hände zart und jung und macht auch bereits angegriffene Haut über Nacht wieder weich und geschmeidig. Kaloderma-Geele ist unübertroffen gegen aufgesprungene Hände und in Tuben zu RM. 0,30, RM. 0,50 und RM. 1.— überall zu haben. (A11449)

Die Männer um Daladier.

Paris, 30. Januar. Daladier hat um ein Uhr nachts französischer Zeit die Beratungen über Regierungsbildung unterbrochen. Er erklärte der Presse: Ich habe bereits die Zusage verschiedener Persönlichkeiten erhalten, aber einige Politiker, die ich zum Eintritt in mein Kabinett ersuchen will, waren heute abend nicht zu erreichen. Deshalb will ich nicht die Nacht hindurch die Besprechungen fortsetzen, sondern sie um neun Uhr früh wieder aufnehmen.

Daladier soll, wie verlautet, bis auf drei sämtliche Portefeuilles seines Kabinetts bereits untergebracht haben. Wie man allgemein annimmt, erstreckt sich die Parteigruppierung von den Neosozialisten bis zu den Linksrepublikanern, unter Einbeziehung eines Mitglieds der katholischen Demokraten.

Daladier möchte bereits Dienstag mittag seine Mitarbeiter dem Präsidenten der Republik vorstellen. Schwierig scheint die Besetzung des Innenministeriums zu sein, auf das der Neosozialist Marquet Anspruch erhebt, während Daladier es seinem bisherigen Mitarbeiter Frost übertragen möchte. Ueber die Beteiligung der Neosozialisten wird erst am Dienstag nachmittag in einer Fraktionsitzung entschieden.

Die Betrauung Daladiers wird in der Presse im allgemeinen sehr günstig aufgenommen. Auch die Ankündigung, daß er das Außenministerium selbst übernehmen will, findet allgemein Anklang. „Echo de Paris“ freilich will an keine lange Lebensdauer des neuen Kabinetts glauben. Die Einbeziehung der Neosozialisten werde die Regierung nur noch steigern. Das Blatt behauptet ferner, daß innerhalb der Radikalsozialistischen Partei die Gruppe Herriot-Chautemps bereits offen die Opposition angekündigt habe.

Gegen Mitternacht fuhrerte in parlamentarischen Kreisen nach folgende Ministerliste:

- Ministerpräsident und Außenminister: Daladier;
- Innenminister: Frost;
- Finanzminister: Piétri;
- Justizminister: Henry Roy (Senator);
- Unterrichtsminister: Oberst Fabry;
- Kriegsminister: Marquet oder de Jouvenel;
- Auffuhrminister: Pierre Cot;
- Minister für öffentliche Arbeiten: Paganon;
- Handels- und Seefahrtsminister: Guy de Chambre;
- Kriegsmarineminister: de Chappedelaine;
- Handelsminister: Palmade;
- Kolonialminister: Cathala;
- Wohlfahrtsminister: Auray (Senator).

Paris drückt der Polenpakt.

Paris, 30. Jan. (Eigener Drahtbericht der Bad. Presse.) Morgen läßt sich die Nachtergreifung Hitlers. Dank der Schwäche der französischen Politik hat Hitler Erfolg an Erfolg reihen können. In dieser gezwungenen Anerkennung spielen die Montags-Ausführungen des nationalsozialistischen „Journal des Debats“ über die deutsche Außenpolitik am Jahresstag der Kanalar-Eröffnung. Das französische Blatt der nationalsozialistischen Reaktion vergißt allerdings hinzuzufügen, daß die Außenpolitik des Führers Frankreich eben jene Wege verlegt hat, auf denen die französische Außenpolitik früher in klarer Bestrebungsrichtung der europäischen Zukunft angeschlossen ist. Andererseits müssen wir zugeben, daß die französische Rechte zur Stunde mehr als Grund hat, die Stirne sorgenvoll zu falten, wenn sie beobachten muß, daß eines ihrer kostbarsten Felde nach dem anderen hirtig davonschwimmt. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Entwicklung, die das deutsch-polnische Verhältnis im letzten Jahre genommen hat, diese französischen Politiker, die wir wohlgerne nicht etwa auf die gleiche Ebene mit den französischen Realpolitikern, wie sie Daladier verkörpert, stellen, in peinliche Verlegenheit gebracht hat. Denn ihr Verbrechen war, den wertvollen Bundesgenossen Polen eben durch die Offenhaltung einer deutsch-polnischen Konfliktmöglichkeit in freierer Abhängigkeit zu halten. Der deutsch-polnische Vertrag hat genügt, um diesen Vertretern der französischen Außenpolitik die Maske herunterzureißen. Es erübrigt sich, auf die geradezu hysterischen Buntanfälle einzugehen, die heute von dieser Seite bei der Behandlung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes gezeigt werden. Interessant ist jedoch festzustellen, wie weitgehende Konsequenzen gerade die Außenpolitik der französischen Realisten dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt zuschreibt. Die Bedenken dieser Politiker haben sich sofort auf die zukünftige Haltung der Tschchoslowakei konzentriert. Der Prager Korrespondent des „Temps“ erklärt heute, daß der Eindruck, den der deutsch-polnische Vertrag in Prager politischen Kreisen hervorgerufen habe, ein so gewaltiger sei, daß die Möglichkeit bedeutungsvoller Auswirkungen auf die Haltung der Tschchoslowakei gegenüber Deutschland und dessen politischen Zielen nicht mehr zu leugnen sei. In Prag — so meint der französische Beobachter — habe vor allem die Wahrscheinlichkeit interessiert, daß Polen mit diesem Vertrag nicht nur der deutschen Stellungnahme gegenüber eine wertvolle Bekräftigung gegeben habe, sondern wohl auch damit das Desinteresse an der deutschen Stellung zur österr. Reichlichen Frage endgültig bewiesen habe. Gerade diese Wahrscheinlichkeit aber müßte nach Ansicht des französischen Berichterstatters die Tschchoslowakei zu der Ueberzeugung veranlassen, auch ihrerseits eine Revision ihrer Stellungnahme gegenüber Deutschland bzw. dessen Donauinteressen vorzunehmen. „Jedenfalls“ erklärt der „Temps“-Korrespondent,

„würde sich die Tschchoslowakei im Falle einer Intervention östlicher Mächte in Berlin bezüglich der österreichischen Frage durch die Nichtbeteiligung Polens an einem solchen Borgehen in ihrer Haltung sehr geschwächt sehen.“

Mehr noch als diese Ueberlegungen beunruhigt die französische Rechte diesmal aber auch den Quai d'Orsay, die Tatsache, daß der Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes einen außerordentlich günstigen Eindruck in England hervorgerufen habe. Frankreich legt sich unwillkürlich die Frage nahe, ob nicht das Faktum des Vertragsabschlusses und die — wie in Paris erwartet wird — neuen Friedensversicherungen des Führers bei der heutigen Feier im Reichstag sehr viel dazu beitragen werden, die Vermittlungsversuche Englands in der Abrüstungsfrage zu Gunsten des deutschen Standpunktes zu beeinflussen.

Brand im Mülhauer Stadtheater.

Mülhausen i. E., 30. Jan. Am Sonntag abend kurz nach 7 Uhr brach im Kulissenraum des Stadtheaters aus bisher noch unbekannter Ursache ein Brand aus. Als die Feuerwehr am Brandplatz erschien, schlugen die Flammen bereits meterhoch aus dem obersten Stockwerk. Trotzdem die Feuerwehr sich mächtig anstregte, griff das Feuer immer weiter um sich, jedoch man mit einer Katastrophe rechnen mußte. Die Feuerwehrleute waren inzwischen in das Innere des Gebäudes eingedrungen. Die Flammen entfalteten eine große Hitze und überall drangen den Wehrleuten dicke Rauchschwaden entgegen.

Die Bemühungen der Feuerwehr richteten sich vor allem darauf, die Bühne und den Publikumsraum zu schützen. Schließlich gelang es der Feuerwehr gegen 8 Uhr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und jede weitere Gefahr zu beseitigen. Der große Kulissenraum, in dem sich vor allem die Kulissen der beiden Opern „Das Land des Lächelns“ und „Lady Bonn“ untergebracht waren, fiel dem Feuer bereits zum Opfer. Für die nächsten Tage muß das Theater geschlossen bleiben. Der Schaden ist in seiner Höhe noch nicht bekannt.

Verbindungsmann zwischen NS-Sago u. DAF

NSK Bg. Paul Walter, Abteilungsleiter der NS-Sago, ist auf Wunsch des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, und des Amtleiters der NS-Sago, Dr. von Kenteln, als Verbindungsmann zwischen Sago und Arbeitsfront in das Büro der Deutschen Arbeitsfront berufen worden.

Bruchsjaler Mosaik.

a. Bruchsal, Ende Januar.

Der Fremdenverkehr im Jahre 1933 zog erfreulicherweise gegenüber den beiden Vorjahren wieder etwas an. Nachdem im Jahre 1931 11 152 und im Jahre 1932 11 644 Personen in den hiesigen Hotels und Gasthäusern und der Jugendherberge übernachteten, konnten im Jahre 1933 11 677 Uebernachtungen verzeichnet werden. Von diesen übernachteten Fremden stammten 1550 aus Baden 1366 aus Württemberg, 1302 aus Bayern, 596 aus dem Rheinland, 5352 aus dem übrigen Deutschland und über 500 aus dem Ausland.

Die Entwürfe für die Elektrifizierung der Strecke Bretten — Bruchsal im Anschluß an die Linie Stuttgart — Karlsruhe sind fertiggestellt. Zurzeit finden Verhandlungen mit den Stromlieferanten statt. Nach Abschluß dieser Verhandlungen folgen dann im Februar die Ueberprüfungen nach der wirtschaftlichen Seite des elektrischen Betriebes. Bei elektrischem Betrieb bis München könnte man dann in vier Stunden von Bruchsal nach München gelangen.

Nach den fortlaufenden Aufzeichnungen des Ministeriums des Innern über die Inanspruchnahme der Reichszuschüsse im Jahre 1933 blieben die gesamten endgültigen Bewilligungen hinter der Gesamtsumme der Vorbescheide bei einem Teile der Gemeinden erheblich zurück. Der Stadt Bruchsal ist für die Zuschußgewährung ein Betrag von vorerst 94 300 RM. verfügbar gemacht, der zur Zeit teils durch Vorbescheide zugelaßt ist. Demgegenüber konnten an das Ministerium bisher nur 5,04 Prozent. Dieses Mißverhältnis ist zu einem wesentlichen Teil auf die Witterungsverhältnisse und auf Zurückhaltung bei den Innenarbeiten zurückzuführen, da vielfach über den derzeitigen Stand der bezugsfähigen Arbeiten durchzuführen. Dabei wird von Fall zu Fall geprüft werden, ob die Zuschußaufgabe durch Vorbescheide wegen Verletzung der Bedingungen (sog. zeitlicher Arbeitsbeginn usw.) wieder zurückgezogen werden muß, um die freierwerbenden Mittel anderweitig nutzbringender zuzuteilen.

Am Freitag fand in den Räumen des Hotel Keller in Bruchsal eine Angeestellten-Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront statt, zu der die Mitglieder sämtlicher Angeestellten-Gewerkschaften fast reiflos erschienen waren. Der hiesige Bezirksvorsitzende des Gesamtverbandes der Angeestellten, E. S. Mann Schleue, eröffnete mit einigen einleitenden Worten die Kundgebung, worauf er logisch dem Redner des Abends, Bezirksleiter Schöfer-Stuttgart, das Wort erteilte. In seinem großangelegten, programmatischen Referat, dem er den Titel „Das deutsche Arbeiterium im nationalsozialistischen Staat“ beigelegt hatte, gab Bezirksleiter Schöfer zunächst einen kurzen Rückblick auf die vergangenen 14 Kampfsjahre der nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Das gewaltige Werk Adolf Hitlers hat es fertig gebracht, die Menschen, die in vielen gespaltenen Gruppen gegenüber dem Staat im Interessentkampf standen, zusammenzuschweißen zu einer einheitlichen Gefolgschaft. Es hat in der Folge das Volk verbunden, das Gesetz zum Schutze der nationalen Arbeit. Das neue Arbeiterium soll zusammen mit den Angeestellten und Unternehmern in keiner Gefahr für den nationalsozialistischen Staat erobert werden. Die 14 Jahre Kampf, den der Nationalsozialismus gegen Altes und Neues geleistet hat, zeigten, daß es ihm nicht wie anderen Parteien um ein Wortspiel zu tun war, sondern in Wahrheit um Nation und Sozialismus, um den Aufbau des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft. Das neue Staatengebilde ist nicht auf marginal-liberalistischen Lehren aufgebaut, sondern

seine Kraftquelle ist das Volk selbst, wie es aus Blut und Boden organisch herausgewachsen ist. Der Geist der Kameradschaft gibt der Arbeit den gebührenden Adel. Die Arbeiter werden durch die Opfer zu Soldaten, alle müssen Kameraden der Arbeit sein. Alle müssen sich einengen für den gewaltigen Aufbau des neuen Reiches, das auf Jahrhunderte Bestand haben soll. In ein dreifaches Siegesheil auf Volk und Regierung ließ der Redner seine eindrucksvolle und tiefstehende Ansprache ausklingen. — Gediegene musikalische Darbietungen der Kapelle E. Müller umrahmten den Vortrag, für den Bezirksvorsitzender E. Schleue dem Redner von Herzen dankte.

Ueber Samstag und Sonntag herrschte in Bruchsal Hochbetrieb, galt es doch für Vereine und sonstige Organisationen, ihre Veranstaltungen vor dem einkehrenden Faschingstreiben unter Dach und Fach zu bringen. So begann am Samstag der Stahlfelch im großen Bürgerhofsaal seine Winterfeier, die gegenüber der letztjährigen Veranstaltung weniger gut besucht war. Das Programm war mit besonderer Sorgfalt zusammengestellt. Die Stahlfelch-Kapelle zeigte sich unter Leitung von W. Stab in allerbesten Form. Zwischenhinein flochten sich die mit großem Beifall aufgenommenen Lieder des Bruchsjaler Männer Quartetts und die Tenorsoli von Gehrting. Der mit Schwung gespielte „Mittelschwan“, „Mutterung“, wie auch der Einakter „Beim Unteroffizier vom Dienst“, sorgten für die nötige Heiterkeit. Ortsgruppenführer D. S. n. hatte die in launigen Worten gehaltene Begrüßungsansprache übernommen.

Zu einer Feierstunde ernster Besinnlichkeit hatte der eingelegte Vortragsabend eingeladen, die im Gemeindefaal am Samstag abend stattfand. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vereinsvorstand, Postamtman Hader, und nach einem gemeinsam gelungenen Lied, ergriß Stadtpfarrer Zier-Forsheim das Wort, um über das Thema „Gegenwartsaufgaben der evangelischen Kirche“ überaus bedeutungsvolle und von tiefem Verantwortungsbewußtsein getragene Ausführungen zu machen. Mit dem von Herrn Büttner er gelungenen Liede „Der Friede sei mit euch“ fand diese Abendveranstaltung ihren Abschluß.

Am selben Abend veranstalteten auch die Beamten der hiesigen Strafanstalten in der „Fortuna“ eine in allen Teilen der Stadt herbeigeströmte, nach einem Prolog begrüßte Oberaufseher Kugel die Anwesenden, besonders den Vertreter des Justizministeriums, Ministerialrat Dr. Winger-Karlsruhe. Die Gelangensabteilung sowie die SA-Kapelle umrahmten die Feier mit wertvollen Darbietungen. Oberregierungsrat Badtsch nahm im Verlaufe des Abends die Ehrengabe verdienter Beamten vor.

Am Sonntag abend erwieh sich der große Bürgerhofsaal als viel zu klein, um das zahlreiche Publikum zu fassen, das aus allen Teilen der Stadt herbeigeströmte, um dem Kameradschaftsabend des freiwilligen Arbeitsdienstes beizumohnen. Nach einem Eröffnungsmarsch der SA-Kapelle und einer Ansprache des Lagerführers Schrotz trug der Dichter des bekannten badischen Arbeitsdienstliedes „Wir sind die Sturmkolonnen“, Aug. Hege, ein ebenfalls selbst verfaßtes Gedicht „Der Hiltedentische“ vor, das tiefen Eindruck hinterließ. Im Anschluß an diesen prächtigen Gedichtvortrag intonierte die Kapelle das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“, das in stimmungsvoller Weise zu dem Kernstück des Abends, der Aufführung des 2. Aktes des Dramas „Schlageter“ von H. Joffe überleitete, die sich auf schauspielerischer und künstlerischer Höhe hielt und den Arbeitsdienstkameraden starken, verdienten Beifall brachte. Der zweite Teil des Abends war mehr der leichtgeschützten Muße gewidmet, dessen humorvoller Verlauf dem humoristischen Talent W. Schrotts zu verdanken war, der mit seiner Kundfunkreportage wahre Lachsalven hervorrief. Nach mehreren heiteren Einlagen und Musikstücken fand dieser schöne Abend, der den Zweck hatte, die hier und da bestehende Kluft zwischen den jungen Arbeitsdienstkämpfern und der Bruchsjaler Bevölkerung zu überbrücken, ihren Abschluß.

Chestreit und Brandstiftung.

Düren (bei Pforzheim), 30. Jan. In der Nacht zum Samstag war die 44 Jahre alte Frau Theresia Armand von ihrem früheren Mann, von dem sie geschieden ist, so schwer mißhandelt worden, daß sie in ein Pforzheimer Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Am Sonntag abend brach nun in dem Anwesen der Frau Armand Feuer aus, das glücklicherweise auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Trotzdem ist erheblicher Gebäudeschaden entstanden; auch das Nachbarhaus des Louis Bickel wurde beschädigt. In diesem Zusammenhang wurde der Nachbar Bickel, der verheiratet ist und drei Kinder hat, unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Auch der 58 Jahre alte geschiedene Chemann Armand wurde in Haft genommen. Die Untersuchung ist im Gange.

Zusammenstoß am Bahnübergang.

Großes Unglück verhütet. Bretten, 30. Jan. Am Diedelsheimer Bahnübergang bei Bretten, der schon immer eine Gefahr für den Verkehr bedeutete, ereignete sich dieser Tage wiederum ein bedentlicher Unfall. Hier treuften sich die Straßen von Karlsruhe, Bruchsal und Bretten. Der Brettener Metzgermeister Hermann Kuhner stieß mitten auf dem Uebergang mit einem um die Ecke biegenden Lastwagen zusammen. Schwer beschädigt konnten beide Kraftwagen nach im letzten Augenblick vor einem herandrasenden Zug von den Schienen weggebracht werden.

Selbstmordversuch eines Betrunknen.

Weinheim, 30. Jan. Ein verheirateter Kellner aus Darmstadt legte sich hier in betrunkenem Zustand auf das Gleis der DGB, um sich überfahren zu lassen. Der Zugführer bemerkte den Mann im letzten Augenblick und brachte den Zug zum Halten. Der Betrunkene wurde jedoch noch gestreift und erlitt eine Kopfverletzung, jedoch er in das Krankenhaus überwiesen werden mußte.

Die Donauversicherung.

Tuttlingen, 30. Jan. Während der Regentage der letzten Woche ist plötzlich die Donau wieder gekommen. In wenigen Stunden war das ganze Donaubezirk mit all seinen Bödern und Tiefen überflutet. In einem Zeitraum von nicht 24 Stunden war das ganze weite Donaual kilometerweit vollständig überflutet. Es ist das ein sicherer Beweis, daß von Jahr zu Jahr die Übersiedlungsstellen größer werden. Wer hätte z. B. vor 30 oder 40 Jahren geglaubt, daß die Donau je einmal volle 3/4 Jahre vollständig versiegen könnte. Früher war bei einigermaßen normalem Wasserstand der Donauauf höchstens auf einige Tage unterbrochen.

Ettlingen, 30. Jan. (Todesfall.) Am vergangenen Samstag verstarb der in unserer Stadt, aber auch in weiten Kreisen unserer badischen Heimat bekannte und erfahrene Musikpädagoge Studienrat a. D. Karl Hofmayer im Alter von 72 Jahren. Ueber drei Jahrzehnte wirkte er am früheren hiesigen Lehrerseminar als Musiklehrer.

Der Inventur-Verkauf
vom 27. Januar bis 5. Februar 1934
beweist wiederum die große
Leistungsfähigkeit
der Firma
Rud. Hugo Dietrich
Karlsruhe

Wintermäntel von 39.- an	Gabardinmäntel von 28.- an	Saccoanzüge von 69.- an
Popelin-Hemden 4.90 und 6.85 3 Stück 14.- 3 Stück 19.-	Krawatten 3 Stück 5.- 3 Stück 8.-	
Jersey-Kleider von 9.75 an	Damen-Mäntel von 19.75 an	
Pullover und Westen / Blusen / Röcke außergewöhnlich billig!		

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung
Handwerk, Handel und Gewerbe in der
Deutschen Arbeitsfront. / Von Dr. von Renteln.

Als durch die Verfügung des Stabsleiters der AD und Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, vom 8. August 1933 der GSW...

Nach dieser endgültigen Gliederung können wir nun auch in verkürzter Weise daran gehen, uns unserer eigentlichen Aufgabe...

Die obgenannte Schulung wird folgendermaßen durchgeführt werden: Die AG-Saglo als Trägerin des politischen Gestaltungswillens...

Außer diesen Gau-Führerschulen wird in der Nähe von Berlin im März d. J. eine Reichs-Führerschule eröffnet werden, die nach dem gleichen Gesichtspunkte wie die Gau-Führerschulen...

Währungsänderung und internationales Wechselkursgeschäft.

Wer trägt das Kurisiko bei Aufgabe des Goldstandards?

Um sich gegen Währungsrisiko im internationalen Wechselkursgeschäft nach Möglichkeit zu schützen, hat die Reichsbank in ihrer allgemeinen Bestimmungen...

Es handelte sich um ein Wechsel über 100.000 Mexikan. Goldpesos, der von einer anderen deutschen Bank bei der Reichsbank...

werden, die allen Anforderungen, die die politische Führung an sie stellen wird, gerecht werden kann.

Südd. Zucker AG. / Herr von Janotta veräußert seine schlesischen Zuckerinteressen.

Der süddeutsche Industrielle von Janotta hat seine Interessen an einer Reihe von schlesischen Zuckerrübenfabriken, an die Südd. Zucker AG. abgegeben.

Kapitalumstellung beim Deutschen Atlas

H. Mannheim, 30. Jan. (Eisenbericht.) Beim Deutschen Atlas, Allgemeine Versicherungs-AG in Ludwigsfelde a. M. wird veranlaßt durch die Geschäftsverhältnisse der letzten Jahre...

Union, Allgemeine Deutsche Gaslieferungsgesellschaft, Weimar. Der U. V. dieser aus Thüringern gebildeten Gesellschaft beschloß, der G. V. wieder eine Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen.

Der Musikknoten-Aussenhandel.

Wach und Schallplatte haben im Verein mit der schlechten wirtschaftlichen Lage des Musiknotenhandels ungeheuren Abbruch erlitten.

Table with 4 columns: Jahr, Menge in dt Wert in Mill. RM, Einfuhr, Ausfuhr.

Eisen. / Günstige Ausfuhrentwicklung.

Schon im vergangenen Jahr der weitere internationale Währungsverfall die Ausfuhr in Robeisen und Eisenerzeugnissen empfindlich behinderte...

Handelsregistereinträge.

Jahr, Firma Carl Heiler, Armaturenfabrik, G. m. b. H., Wehr: Dem Kaufmann August Bräutigam in Wehr ist Prokura erteilt.

Eisen. Firma Deutsche Bank- und Diskontogesellschaft, Zweigstelle Eisenach, Kaufmann: Die Bankdirektoren Dr. Karl Gimmick, Kris Wintermantel, August Heiler, Hans Rimmel, Dr. Karl Ernst Schwelb, alle in Wehr, sind an Vorstandsmitgliedern bestellt.

Spinnerei & Webereien Zell-Schönau.

Die Spinnerei und Webereien Zell-Schönau AG in Zell im Wiesental legt erst jetzt ihren Geschäftsbericht für das am 30. Juni 1933 abgelaufene Geschäftsjahr vor.

Der Bericht des Vorstandes stellt fest, daß am 30. Juni 1933 abgelaufene Geschäftsjahr in jeder Hinsicht unerwartlich günstig abgelaufen ist.

Im Jahr 1933 ergab sich ein Verlust von 820.925 RM, zum Vergleich mit dem Vorjahr von 498.900 RM, auf 410.791 RM erhöht.

Der Vorstand hofft, daß die im Gang befindlichen Produktionsverbesserungen sich für das Unternehmen gewinnbringend auswirken und daß nach erfolgter Kapitalerhöhung die erforderlichen Kredite zugeteilt werden können.

Rhein. Hypothekendarf in Mannheim. Die AG meldete die Bilanz für das Jahr 1933, die im März 1933 im wesentlichen abgeschlossen worden ist.

Bruchw. Textil A.-G., Reutels (Oder). Der A.-G. bezieht eine Dividende von 5 Prozent für das neun Monate umfassende Zwischenhalbjahr bis zum 30. September 1933 gegen 5 Prozent Vorjahrsdividende.

Table comparing export figures for 1932 and 1933, listing various goods like Robeisen, Eisenerzeugnisse, etc.

Abends steigende Kurse.

Frankfurt, 30. Jan. (Drahtbericht.) Da die Börsenbörse der Rube des Reichskanzlers folgten, kam das Geschäft nicht in Gang.

Schlachttier- und Nutzviehmärkte.

Freiburg, 30. Jan. (Drahtbericht.) Schlachttiermarkt. Es waren angeführt und wurden je 50 Kilogr. Lebendgewicht gehandelt:

Metalle.

London, 30. Jan. (Kittl. Schlus. Kupfer (per Tonne), Tendenz flach. Standard per Tonne 33 1/2-34, Standard 8 Monate 33 1/2-34.

Weinversteigerungen.

Nuppersteberg, 30. Jan. (Drahtbericht.) Das Weinat St. Wilhelm Reis Erben und die Weingütergemeinschaft Hohenloher Nuppersteberg...

pali
Herrnstr. 71
4.00, 6.15, 8.30

Fasching im Pali
mit **Lilian Harvey** in
Meine Lippen lügen nicht
Eine entzückende Ausstattung-Operette
mit viel Musik und Tanz.

Gloria
am Rondell-Platz

Ein Film von Format
geschaffen von jungen Menschen.
„Mädels von heute“
mit Victor de Kowa, Lily Rodien, Oscar Sabo u. a.
Anfangszeiten: 4.00 6.15 8.30

Resi
Waldstr. 30

Nur noch 2 Tage!
Maurice Chevalier, Baby Leroy in
„Alles für das Kind“
2 Stunden Lachen, 2 Stunden köstlichsten Humors.
Beginn: 4.00, 6.15, 8.30
Jugend verboten.

Nur noch heute und morgen:
Jean Harlow, der platinblonde Rausch
in
Die gelbe Hölle
Tonfilm in deutscher Sprache.
Dazu u. a.: **Dick und Dof.**

Kammer-Lichtspiele
Der Dämon Russlands
(Rasputin)
Anfang: 3, 5, 7, 8, 45 Uhr. Telefon Nr. 4282

Café MUSEUM Das führende Familien-Café
Heute Mittwoch
Nachm.: **Kinder-Kostümfest**
(Tassen-Kaffee)
Abends: **Tanz mit Faschingstreiben**

BAYREUTHER BUND.
Heute abend 8 Uhr im Festsaal der
Hochschule für Musik, Kriegsstraße
N. Bayreuther Abend
Vortrag von Prof. Dr. Drews über:
„Schillers Weltauffassung in seinen Räubern“.
Eintritt frei!

Colosseum
Internationale Ringkämpfe
Tägliche die großen Schlüsselpunkte
Heute Mittwoch:
Großkampf-Abend!
Herausforderung im freien Stil, alle Griffe erlaubt bis zur Entscheidung;
Tornow gegen Ringiersee Grabowski
Entscheidungskampf:
All Ben Abieg geg. Fehringfer
Entscheidungskampf:
Equatore gegen Sambuko
Alle Kämpfe bis zur Entscheidung!

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Herren-Hemden nach Maß
auch aus zugebrachten Stoffen
fertig mit Garantie für Sitz
Wäsche-Hilbergs
Sofienstraße Ecke Waldstr.

Cabaret Roland
Nachm. 4 Uhr
TANZ-TEE
Abends
Narrede im Zirkus
ROLANDO
Ein Abend der Stimmung

Café Röderer
Närrischer Kappenabend
im
Tiefsee-Aquarium

Im Löwenrachen
Kappen-Abend
In den stimmungsvoll dekorierten Räumen.
Einzigartig, 2 Kapellen, Stimmung, Humor, Tanzspiele, Bar, Sekunde, Kaffee, Weinstube, und überall im Hause das gute Moninger.

5-7 Zimmer-Wohnung
belle große Räume, auch für Praxis oder Büro geeignet,
mit Gasetheizung, Kaiserstraße 150, 2 Trepp.,
gegenüber der Hauptpost, für bad u. vermieten.
Rühres: Hans Kiffel, Kaiserstraße 150.

Wiener Hof
Heute
Tanz
Morgen
Donnerstag
Großer
Hausball

Deutscher Bienenhonig
Tannenhonig
unter Garantie für
Echtheit, liefert in
jeder beliebigen
Menge

Imkerei Kolb
Karlstraße,
Ludwigsstraße 19,
Telefon 7508.

Kapitalien
Suche von Selbstgeb
3000 Mark
auf 1. Hypothek
geb. unt. 8 1991
an die Bad. Presse.

Darlehen
von 1500 RM. geg.
Rentensicherheit, gut.
Zins u. monatliche
Rückzahl. gef. unt.
Angeb. unt. 6 1994
an die Bad. Presse.

Offene Stellen
Jung., feub., flint.
Mädchen
für d. h. h. Tag gef.
116, Weinbrenner-
straße 20. (622645)

Priv.-Pension
1 b. 2 Schicht-
fräulein sofort
geht. Angeb. unt.
62 634 an Bad.
Pr. Hl. Hauptpost.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Amillische Anzeigen
Tabakanbau.
Die Karlsruher Einwohner, die im
Jahre 1934 Tabak anbauen wollen, müssen
gemäß den Richtlinien der bad. Staats-
regierung binnen 2 Wochen unter Angabe
der Größe der Fläche (auch der auf frem-
der Gemarkung liegenden), die sie mit
Tabak zu bebauen beabsichtigen, ent-
sprechenden Antrag stellen, und zwar beim
Städt. Statistischen Amt, Jähringerstr. 98,
oder bei den Gemeindefretariaten. Wer
die Anmeldefrist verlässt, kann bei der
Verteilung der zulässigen Anbaufläche
nicht berücksichtigt werden. Das Haupt-
postamt macht darauf aufmerksam, daß
verbotswidrig angebaute Tabak zugunsten
des Reiches eingezogen wird; mit einer
schonenden Behandlung zuwiderhandelt
Pflanzer sei nicht mehr zu rechnen. Tabak
darf nicht mit anderen Bodengewächsen
gemeinsam gebaut werden. Insbesondere ist
es nicht statthaft, am Rande eines mit
Tabak zu bebauenden Grundstücks
andere Bodengewächse anzupflanzen.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934.
Der Oberbürgermeister.

Komplettes Bett!
Matratze Stellm. Keil 14.50
Bettstelle m. Pat.-Mat. 13.50
Matratzenschoner 3.90
Deckbett m. 6 Federn 16.30
Kissen m. 2 Federn 5.0
Zusammen Mk. 53.20
Ehestandsdarlehen.

Stulz-Flügel
nur Markensklavier,
wenig gespielt, geg.
bar zu kaufen, gef.
Angeb. unt. 62606
an die Bad. Presse,
Kittler Hauptpost.

Limoufine
6-8 St. B.E., neu,
wertig, gegen Kasse
kauft, Angeb. unt.
62002 an Bad. Pr.

**Schwere Kardan-
maschine**
Südbay. o. W.B.B.
gef. Angebote unt.
62002 an Bad. Pr.
Pr. Hl. Hauptpost.

Zu verkaufen
1 Sekretär
mit Rollabender-
stuhl, 15 Stab.,
Schubladen, ein
Geheimschloß, Ma-
dagnon,
1 Sormig, feuerbe-
festigt für Gas
u. Elektrisch,
1 Wiegenstuhl,
Coffein u. 33977
an die Bad. Presse.

Größe Gelegenheit!
Schlafzimmer
mit Stuhl, großem
Garderobenschrank u.
Zweiflügel, kom-
plett für nur
225 Mk.
Das Zimmer ist ge-
braucht, jedoch noch
modern und gut er-
halten. (6211)
Kittlerstraße 7
(unter den Böden)

Gelegenheitskauf.
1 Einzellwanne
(Zand), der neu,
billig zu verkaufen.
Martenerstr. 32, II.
Handharmonika
Göhner-Glückmodell
II. m. Stoff, preis-
wert zu verkaufen.
Waldstr. 4, V. 118.

Mietgesuche
Lagerplatz
Erdbecken, bebaut,
zu mieten gesucht,
früherer Kauf nicht
ausgeführt. Wang u.
62 6507 an Bad.
Pr. Hl. Hauptpost.

**5-6 Zimmer-
Wohnung**
mit Bad u. Zubeh.
in freier Lage
auf 1. 3. od. 1. 4.
zu mieten gesucht.
Ang. unt. 61540
an die Bad. Presse.

2-3 3-Zohn.
m. Zub., in gr. S.,
b. 2. od. 3. od. 4.
zu mieten gef. Ang.
u. 62 6511 an B.
Pr. Hl. Hauptpost.

2-3 3-Zohnung
m. Zub., o. 3-3-
Bühnen, 2 Beel., a.
1. 4. 34 i. d. E.H.
zu miet. gef. Ang.
u. 62 6511 an B.
Pr. Hl. Hauptpost.

Möbl. Zimmer
gekauft, womögl. b.
Kauf od. Strichfr.
Ang. u. Pr. 2004
an die Bad. Presse.

**Reines, blühendes
Zimmer**
gekauft für Koffer.
Ang. unt. 62 6512
an die Bad. Presse
Kittler Hauptpost.

**Ungest. Wohn- und
Schlafzimmer**
b. Dauern. gef. unt.
Preisoff. u. 61996
an die Bad. Presse.

Kaufgesuche
Rehanode
für 110 Volt mit
Kleinabwärtstrichter,
od. Umform., 110/220
Volt, zu kauf.
gekauft. Angeb. m.
Preis u. Fabrikat
u. 61997 an B.Pr.

**Alle Auto-Gummi-
und Elastik-Voll-
reifen**
kauft (6053)
H. Maier
Kaufmann-
Gewerbetreib.,
Martenerstr. 45.

**Stellen-
gesuche**
Verheiratete
Mädchen
25 Jahre, evang.,
nicht kath. Stelle
auf 1. März in
Städt. Frauen- u. Kind-
heim. Aufz. unter
W 3984 an Bd. Pr.

Zu vermieten
Gut möbl. Zimmer
separat, Badhofstr.,
zu verm. (3255104
Martenerstr. 24, I.
Gut möbl. Zimmer
billig zu vermieten.
Schubstr. 34, III.
Schön möbl. Zim-
mer zu vermieten.
Rühresstr. 2, III.

Möbl. Zimmer
zu verm. b. höherer
Wohlfahrt 22.
Widern. f. Mann-
zim., möbl. 2.75 Mk.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

Möbl. Zimmer
1-2
a. a. vorb. 3. v.
Waldstr. 38, III.
Möbliertes Zimmer
zu verm. Marten-
grabenstr. 4, II. B.
Sep. möbl. Zimmer
zu vermieten. (6210
Kittlerstr. 29, part.

In früher Morgenstunde entschlief heute sanft
mein innigstgeliebter Mann, unser geliebter, treuer
Bruder, Schwager und Onkel

Hans von Lilienhoff-Zwowitzki
Generalmajor a. D.
Ehrenritter des Johanniterordens und anderer hoher
Orden

im 74. Lebensjahr.
Karlsruhe, den 30. Januar 1934
Westendstr. 22

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Eise von Lilienhoff-Zwowitzki
geb. Reichsfreien von Roepert.

Trauerfeier und Feuerbestattung: Freitag, den
2. Februar 1934, 14 Uhr.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise von Liebe und
treuer Anhänglichkeit und das uns erwiesene
wohlwühlende Mitgefühl beim Heimgehen unserer
lieben Mutter danken wir allen herzlichst.

Besonderen Dank dem Hochwürdigen Herrn
Kaplan Wagner für die vielen Besuche, den ehr-
würdigen Schwestern des St. Bernhardshauses
für die liebevolle Pflege, sowie Fräulein Nutscher
für den erhebenden Gesang.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Geschwister Goerner.

Karlsruhe, den 31. Januar 1934.

Danksagung.
Für alle Beweise wohl-
tuender Teilnahme, die uns
beim Hinscheiden unserer
lieben Verwandten und
Freundin
Fräulein Anna Weltin
zugewandt sind, sagen wir
innigen Dank.
Konstanze Häfner